



Streife

Gesperrte A 544 – Großübung Unfallaufnahme!

Was nach einem Autobahncrash zu tun ist, zeigen Paula Petzschke und Jennifer Krystkiewicz mit ihrer Einheit.

POLIZEITAUCHER

Spezialausbildung des LAFF dauert neun Wochen

SICHERHEITSPAKET

Innenminister Herbert Reul zur Initiative des Landes

SOZIALBETRUG

MISSIMO ist Betrügern auf der Spur

EDITORIAL


**Liebe Leserin,
lieber Leser,**

die wahnsinnige Chaos-Fahrt Ende November auf der A 1 bei Hagen hätte in einer Katastrophe enden können. Wir können von Glück reden, dass niemand dabei ums Leben gekommen ist. Was wir hier gesehen haben: Bei solchen tragischen Verkehrsunfällen muss das Zusammenspiel von Polizei und Feuerwehr funktionieren. Bei der Versorgung der Unfallopfer, dem Sperren der Straße, der Spurensicherung und der Ermittlungsarbeit muss es schnell gehen. Wie die Polizei Köln das gemeinsam mit der Feuerwehr Aachen geübt hat, lesen Sie in der Topstory.

Um zusammengeschobene Schreibtische geht es beim Projekt MISSIMO. Sozialleistungsmisbrauch steht hier im Fokus der Ermittlungen von verschiedensten Behörden. Dazu gibt es einen spannenden Report in dieser Ausgabe.

Sie, die Sie mit oder ohne Uniform täglich für die Menschen im Einsatz sind, haben 2024 für die Sicherheit unseres Landes wieder alles gegeben. Ob Sie als Taucher im See oder als Streifenpolizistin auf der Autobahn nach Spuren suchen, ob Sie die Digitalisierung der Polizei voranbringen oder in der Prävention tätig sind – die Menschen in Nordrhein-Westfalen verlassen sich auf Sie. Ebenso wie ich. Für das Jahr 2025 wünsche ich Ihnen Zuversicht und Erfolg und dass Sie immer gesund aus dem Dienst zurückkommen.

Ihr

Streifzug

DUISBURG Im Frühjahr 2024 suchte die Polizei Duisburg mehr als 300 Adressen mit knapp 400 gemeldeten Kindern auf. Der Verdacht: organisierter Kindergeldmissbrauch. Lukas Serafin war als Einsatzabschnittsführer für die Maßnahmen im Duisburger Norden zuständig.

8



AACHEN Mit einer guten Verkehrsunfallaufnahme kann ein Verkehrsunfall bis ins Detail rekonstruiert und Verursacherfragen geklärt werden. Die Informationen helfen auch dabei, gefährliche Straßenabschnitte zu entschärfen. Thomas Syperrek und sein Team von der Polizei Köln üben zusammen mit der Feuerwehr Aachen auf der gesperrten A 544.

24



DÜSSELDORF/AACHEN Michael Richter von der Polizei Aachen nutzt bereits die App zur Digitalen Vernehmung und ist begeistert. Die Idee für die App ist aus dem Projekt zur Einführung der elektronischen Strafakte entsprungen. So lässt sich das Tool optimal nutzen und alles bleibt digital.

18

... und durch Landesober- und Kreispolizeibehörden

04 Fokussiert: Auf der gesperrten A 544 bei Aachen üben Polizei und Feuerwehr die Verkehrsunfallaufnahme nach einem konstruierten Crash.

06 Namen & Nachrichten: 25 Jahre Führungfortbildung und Live-Chat des Präventionsprogramms „Wegweiser“.

22 Praxis I: Die Polizei NRW begegnet der zunehmenden digitalisierten Kriminalität seit 2024 mit sechs spezialisierten Kriminalinspektionen Cybercrime.

30 Kriminalität: LKA-Mitarbeiterin Sabine Coenen-Kolberg ist Opfer eines Schockanrufs geworden.

durch NRW ...

DÜSSELDORF Şevket Akkuş leitet das neue Teildezernat 23.3 im LKA, das sich mit Spionage, Staatsterrorismus und Proliferation befasst. Durch den deutlichen Anstieg an Fällen und den Einsatz von Low Level Agents oder Proxys ist Spionage auch außerhalb der Gefahrenabwehr zu einem wichtigen Thema für die Polizei geworden.



26

MÜNSTER Gewalt gegen Einsatzkräfte ist kein neues Thema für die Polizei. Mit #sicherim-Dienst ist ein landesweites Netzwerk für mehr Sicherheit im öffentlichen Dienst entstanden. Anne Herr leitet bei der Polizei Münster die Stabsstelle der Landesinitiative.



38

WUPPERTAL Sie sind unter Wasser auf der Suche nach vermissten Menschen und Beweismitteln. Die Polizeitaucherinnen und -taucher werden in einem neunwöchigen Lehrgang beim LAFP NRW ausgebildet. Elena Köster ist eine von sieben Beamtinnen und Beamten, die 2024 dabei waren.



KÖLN Motorradpolizist Dirk Rohde hat gegen den Krebs gekämpft. Seitdem macht er sich für krebserkrankte Menschen stark. Für sein herausragendes ehrenamtliches Engagement erhielt er nun den Bundesverdienstorden.

36 Pressearbeit: Fünf Pressesprecher der Polizei Rumänien besuchten die nordrhein-westfälische Polizei, um Einblicke in die Pressearbeit zu gewinnen.

37 Blog: Nach fünf Jahren Ministerblog traf sich Minister Herbert Reul mit zehn Leserinnen und Lesern, die ihm aufgefallen waren.

40 Opferschutz: Im Polizeipräsidium Hamm sind zwölf Beamte besonders darauf vorbereitet, Familien die Todesnachricht von Angehörigen zu überbringen.

Impressum

Herausgeber:
Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen,
Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf

Verantwortlich:
Heike Lücking (V.i.S.d.P.)

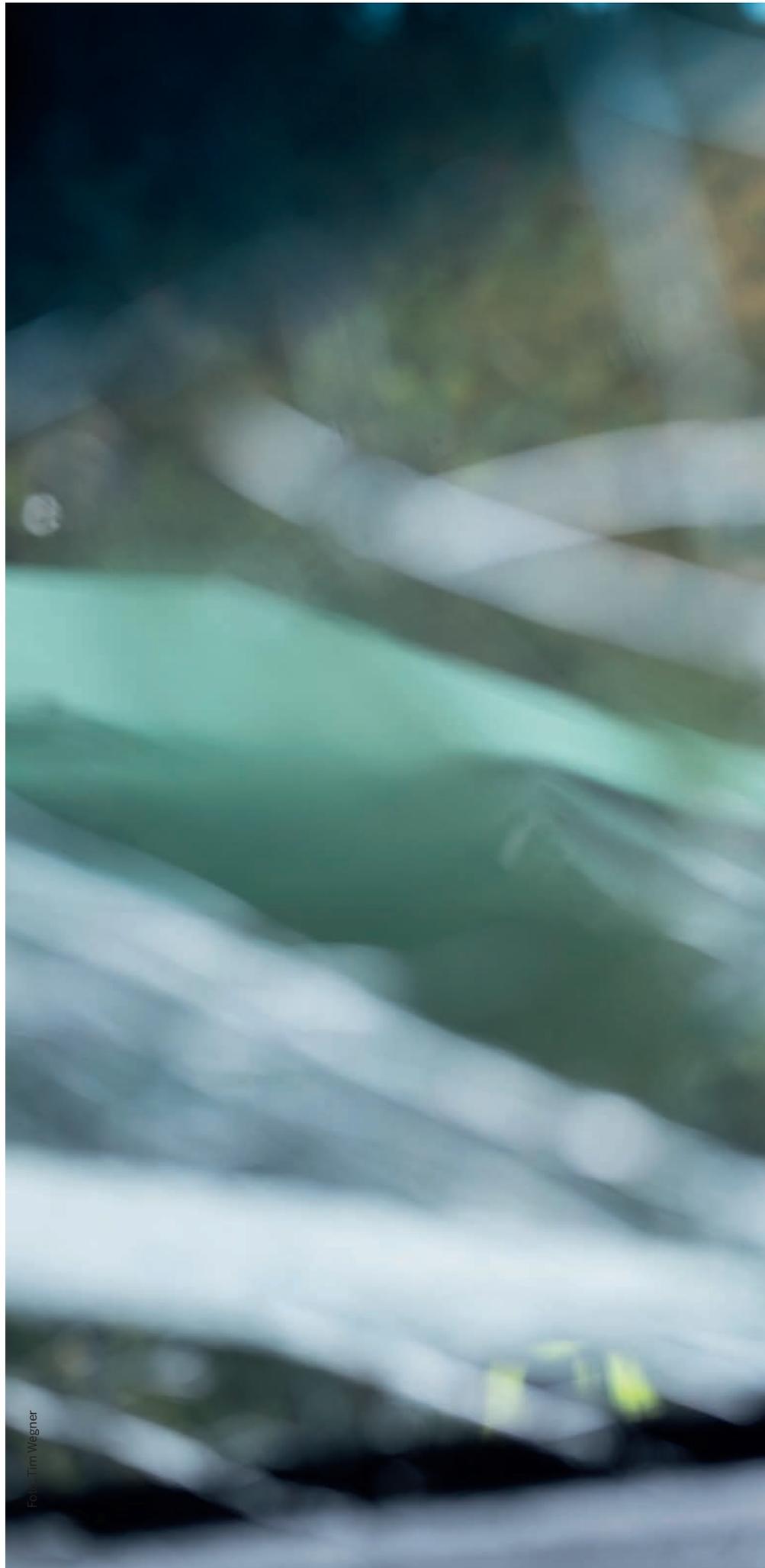
Redaktion Ministerium:
Christina Hössel

Agentur steinkuehler.:
Karl-Heinz Steinkühler; Jochen Schuster,
Thomas Zorn (Autoren),
Beate Denkler (Layout), Tim Wegner (Fotos)

Druck:
JVA druck+medien

VERKEHRSunFALL- AufNAHME Auf DER AutoBAHN

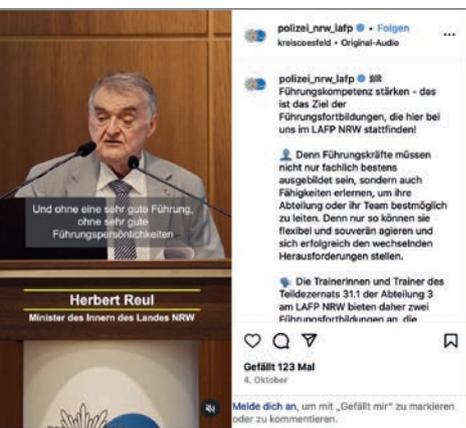
Ein Raser setzt sein eigenes Leben und das von anderen in einem verbotenen Kraftfahrzeugrennen mit sich selbst (sogenanntes Alleinrennen) aufs Spiel: Die Vollübung zur Verkehrsunfallaufnahme der Polizei Köln in Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr Aachen orientiert sich an Geschehen, die auf deutschen Autobahnen so ähnlich leider häufig vorkommen. Unser Reporter Thomas Zorn und unser Fotograf Tim Wegner beobachteten das Zusammenspiel von Polizei und Feuerwehr nach einem realen, aber konstruierten Crash auf der gesperrten A 544 bei Aachen. Ihr Bericht beginnt auf Seite 8.





Am 15. Dezember 1998 erging der Erlass für die Führungsfortbildung aus dem damaligen Ministerium für Inneres und Justiz NRW.

Heute schulen **22** Lehrkräfte rund **1.000** SeminarTeilnehmerinnen und -teilnehmer jährlich.



Mehr Informationen zum „Wegweiser“-Programm und den Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen:



SELM

25 JAHRE FÜHRUNGSFORTBILDUNG



Foto: LAFP NRW

Innenminister Herbert Reul nahm an der Jubiläumsveranstaltung teil.

Führungskräfte bestmöglich in ihren Aufgaben stärken – das ist das Ziel der Führungsfortbildung, kurz „FüFo“ genannt. 2024 feierte sie ihr 25-jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlass fand am 6. September 2024 eine Jubiläumsveranstaltung beim LAFP NRW in Selm statt. An der Feier nahmen zahlreiche Führungskräfte aus dem Ministerium und aus den einzelnen Polizeibehörden teil.

Innenminister Herbert Reul betonte, dass es die Aufgabe heutiger Führungskräfte sei, sich um die vielen jungen Polizeibeamtinnen und -beamten zu kümmern, die jetzt und in den kommenden Jahren neu in den Dienst gehen. „Die Führungskultur der Polizei hat in den vergangenen Jahren einen tiefgreifenden Wandel erfahren. Deshalb war es mir wichtig, das, was in den Köpfen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter passiert, auch in einer neuen Führungsstrategie zu verankern. Gerade mit Blick auf die vielen jungen Kolleginnen und Kollegen in der Polizei im Zuge der Einstellungsoffensive brauchen wir klare und verbindliche Rahmenbedingungen für gute Führungsarbeit“, so der Innenminister.

Die Trainerinnen und Trainer des Teildezernats 31.1 der Abteilung 3 am LAFP NRW bieten daher Führungsfortbildungen an, die aufeinander aufbauen (FüFo I und II) und aus verhaltensorientierten und praxisbezogenen Inhalten bestehen. Die Zielgruppe der Seminare bilden Polizistinnen und Polizisten, die eine Führungsfunktion bekleiden – je nach Funktion ist die Teilnahme sogar verpflichtend. Denn so können sich die Führungskräfte der Polizei NRW weiter darin verbessern, in ihrer Position flexibel und souverän zu agieren und sich erfolgreich den wechselnden Herausforderungen zu stellen.

„Führung ist eine unverzichtbare Säule in unserer Organisation“, betonte Lothar Sandkühler, stellvertretender Behördenleiter des LAFP NRW, in seiner Rede. Schon vor 25 Jahren wurde der Bedarf erkannt und per Erlass aus dem damaligen Ministerium für Inneres und Justiz NRW in Auftrag gegeben, eine Fortbildung für Führungskräfte zu entwickeln.

Seit der ersten Führungfortbildung ist das Team der Trainerinnen und Trainer und die Zahl der Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer immens gewachsen. Heute schulen 22 Lehrkräfte, ein gemischtes Team aller Alters-

klassen, bestehend aus Beamtinnen und Beamten des höheren und des gehobenen Dienstes, rund 1.000 Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer jährlich.

Während der Bedarf an den Fortbildungsmaßnahmen in den vergangenen 25 Jahren permanent gewachsen ist, entwickelt das LAFP NRW derzeit Konzepte, die nicht nur die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten berücksichtigen, sondern auch die mit Führungsaufgaben befassten Verwaltungsbeamtinnen und -beamten sowie die Regierungsbeschäftigten der Polizei NRW als Zielgruppe integrieren. ■

NORDRHEIN-WESTFALEN

POLIZEI RÄT: „WEGWEISER“ PER LIVE-CHAT FRAGEN

„Wegweiser“ ist ein Präventionsprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen. Es will den Einstieg junger Menschen in den Islamismus verhindern. Das 2014 begonnene Programm „Wegweiser – Stark ohne islamistischen Extremismus“ unterstützt junge Menschen und ihr Umfeld darin, Radikalisierungsprozesse bereits in ihren Anfängen zu erkennen und ihnen so frühzeitig entgegenzutreten. Mit 24 Beratungsstellen ist das Programm flächendeckend in Nordrhein-Westfalen vertreten.

Seit dem 15. November 2023 verfügt das „Wegweiser“-Programm zusätzlich über eine Online-Komponente. Über die Website www.wegweiser.nrw.de können sich Ratsuchende jetzt auch abends und am Wochenende an die Beraterinnen und Berater von „Wegweiser“ wenden. Im Live-Chat sind die Beratungskräfte wochentags zwischen 10 und 22 Uhr und am Wochenende zwischen 14 und 20 Uhr erreichbar. Darüber hinaus bietet der Chat mit Registrierung zu jeder Zeit die Möglichkeit, eine Anfrage zu stellen oder eine Nachricht zu hinterlassen, derer sich die Beratungskräfte dann während der üblichen Arbeitszeiten annehmen.

Die Chats im Rahmen der Online-Komponente sind kostenlos, anonym und vertraulich. Es werden keine persönlichen Daten wie das Alter oder das Geschlecht abgefragt. Durch Rückmeldungen der Beratungskräfte lässt



„Wegweiser“ ist flächendeckend in Nordrhein-Westfalen vertreten. An 24 Standorten arbeiten fachlich kompetente Beraterinnen und Berater.

sich generell feststellen, dass die Anfragen ganz unterschiedlicher Art sind. So wurden zum Beispiel allgemeine Informationen über den Islam bzw. den Islamismus gewünscht oder Fragen zum Themenfeld des Nahost-Konflikts gestellt, aber auch konkrete Hilfsanfragen beispielsweise wegen Problemen in der Familie über die Plattform an „Wegweiser“ gerichtet.

Das Angebot will so auch diejenigen erreichen, die den Kontakt mit einer Beratungsstelle bisher gescheut hatten, und zwar im selben Medium, in dem ihnen auch das extremistische Gedankengut begegnet. ■

AACHEN

RASER, UNFALL, AUTOS SCHROTT!

FAHRER AUF DER FLUCHT!

WIE IM ALLTAG!

HIER WIRD NUR GEÜBT!

Der junge Mann hinter dem Steuer eines schwarzen Audi gibt schon am Europa-platz in Aachen richtig Gas und biegt mit stark überhöhter Geschwindigkeit auf die Autobahn 544 ein. Im Höchsttempo wechselt der Raser die Spuren. Nach einem waghalsigen Überholmanöver gerät er mit seinem Wagen auf den Seitenstreifen und verliert vor der Anschlussstelle Rothe Erde die Kontrolle über das Fahrzeug. Er driftet auf das Grün des Mittelstreifens, bekommt wieder Asphalt



unter die Reifen und schleudert zurück auf die Fahrbahn. Er kann sich gerade noch vor einem Aufprall gegen die Leitplanke retten. Doch ein hinter ihm fahrender Volvo muss so stark abbremsen, dass der folgende Opel in ihn hineinrauscht. Beide Fahrzeuge sind Schrott, die Fahrer eingeklemmt hinter ihren Lenkrädern. Sie könnten schwer verletzt sein. Den Unfallverursacher stört das nicht, er macht sich in seinem unbeschädigten Audi aus dem Staub. Fahrerflucht!

Die zur Zeit gesperrte Bundesautobahn

544 steht in Aachen für das Training zur Verfügung.

40 Multiplikatoren des Qualitätszirkels (QZ) Verkehrsunfallaufnahme im Polizeipräsidium Köln nehmen an der Übung teil.

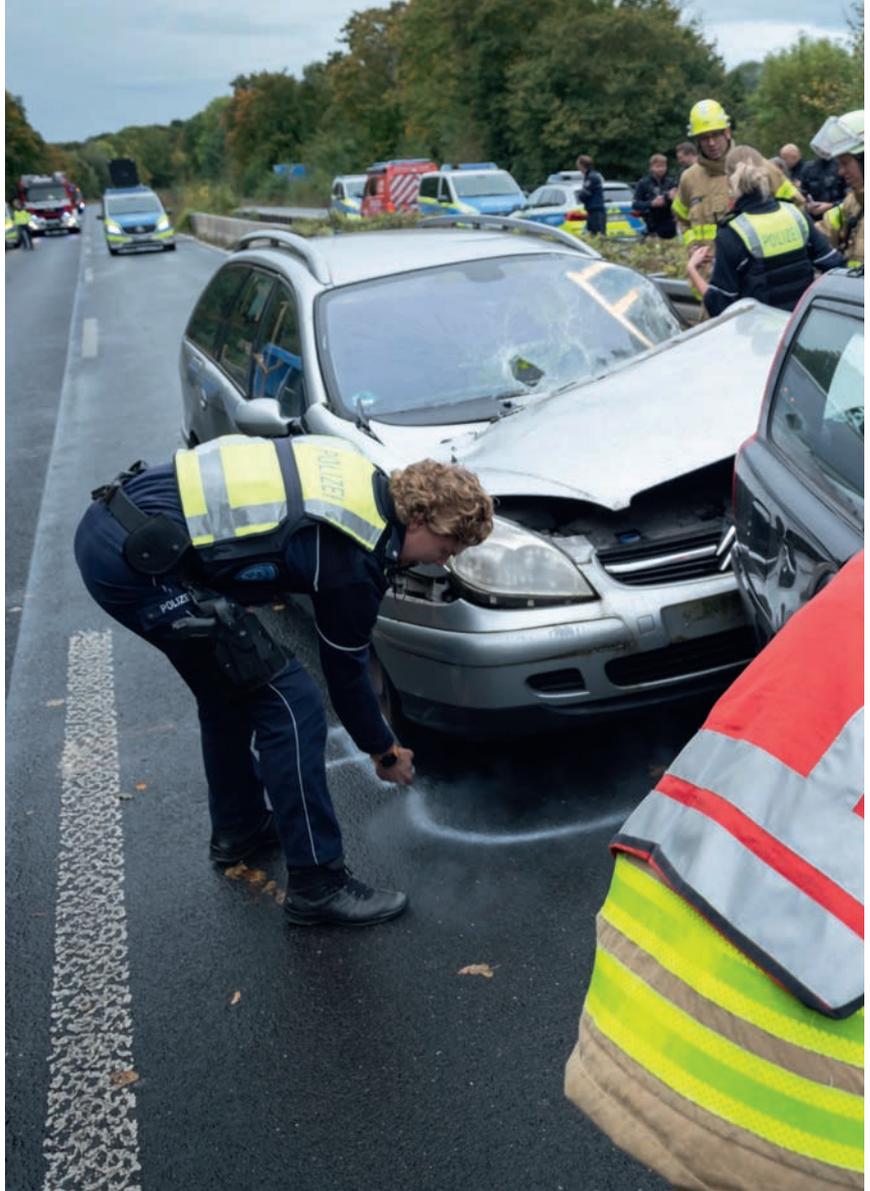
Der bislang einmalige QZ-Arbeitskreis ist

2021 in der Domstadt gegründet worden, um das Vorgehen bei der Unfallaufnahme zu optimieren.



» Es war eine tolle Arbeit der Multiplikatoren.

Thomas Syperrek, Leiter der Verkehrsinspektion 2



Streifenpolizistinnen und -polizisten markieren mit Kreide die Endposition der schwer beschädigten Unfallfahrzeuge.

So sieht im Plot die Ausgangssituation für die praktische Fortbildung von rund 40 Multiplikatoren aus, die seit 2023 Mitglieder im Qualitätszirkel Verkehrsunfallaufnahme im Polizeipräsidium Köln sind. Mit diesem Stab – bislang in dieser Form einmalig in NRW – will man die Arbeit in dem genannten Aufgabenbereich optimieren. „Wir haben sehr gern die Gelegenheit wahrgenommen, auf der Autobahn 544 zu trainieren“, sagt Einsatzleiter Gerhard Buse, der das Ganze organisiert hat. „Eine solche Chance bietet sich nur selten.“ Durch den Abriss einer Brücke ist der Autobahnabschnitt für Monate gesperrt.

Als Leiter der Autobahnpolizei wache Broichweiden bringt Erster Polizeihauptkommissar Buse reichlich Erfahrung mit. Er hat schon viele Verkehrsunfälle begleitet. Für die

„Multis“, die ihr Wissen in die Dienststellen tragen, wird es ein großer Tag mit vielfältigen Erlebnissen. Sie kommen von den Wachen, der Autobahnpolizei, der Leitstelle und den verschiedenen Verkehrskommissariaten. Auch etwa 30 Teilnehmer der Feuerweherschule Aachen wollen heute dazulernen. Ausbilder und Vorgesetzte von Polizei und Feuerwehr begutachten die Abläufe bis ins kleinste Detail.

Dann ertönen Martinshörner. Streifenwagen treffen noch vor der Feuerwehr und den Rettungswagen ein. Die Polizisten sperren zunächst die Autobahn für den Verkehr und kümmern sich um die zwei Unfallopfer. Einige markieren mit Kreidestrichen die Endpositionen der verunglückten Wagen. Rasch fotografieren sie die Unfallstelle aus verschiedenen Perspektiven. Damit schaffen die Kolleginnen und Kollegen vom Wach-

dienst die Grundlage für alle weiteren polizeilichen Maßnahmen. Eile ist geboten. Denn wenn die Feuerwehr eintrifft, braucht sie Bewegungsfreiheit.

„Die Rettung von Menschenleben hat immer höchste Priorität“, hebt Fabian Golde hervor. Spurensicherung und Ermittlungen der Polizei müssten dahinter zurückstehen. Der Leiter des Kölner Verkehrskommissariats 2, das schwere Unfälle bearbeitet, spricht von der „Schnittstellenproblematik“ zwischen Polizei und Feuerwehr. Es seien jedoch keine unüberbrückbaren Gegensätze. „Man kann sich immer vernünftig absprechen“, sagt der Erste Polizeihauptkommissar. „Kommunikation ist alles.“ Und wenn Spuren mal zerstört würden, weil die Feuerwehr beispielsweise ineinander verkeilte Wagen voneinander trennen muss, dann sei das eben so.

Bei der Polizei Köln fahren bei schweren Unfällen auch die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter der Verkehrskommissariate hinaus, um den Streifen dienst zu unterstützen. „Da geben wir schon mal den ein oder anderen Hinweis,

damit wir es später bei den Ermittlungen leichter haben“, erklärt Golde.

Inzwischen ist auch die Feuerwehr eingetroffen. Der Praxistest nimmt Fahrt auf. Die Polizei hat Platz gelassen, damit die Rettungswagen dicht an die verunfallten Fahrzeuge heranfahren können. Die beiden Verletzten sind ansprechbar. Ein Notarzt teilt mit, dass Lebensgefahr trotzdem nicht auszuschließen sei. „Das wird oft unterschätzt. Wenn jemand ins Koma fällt, heißt es überrascht: Wir haben doch gerade noch miteinander geredet“, gibt der Mediziner zu bedenken. Erst die Untersuchungen im Krankenhaus gäben letztlich Aufschluss über den Grad der Verletzungen und die Risiken.

Das Team der Feuerwehrleute schiebt unterdessen Holzblöcke unter die Unfallwagen. Das seit ein paar Jahren übliche „Stabblocksystem“ funktioniert ein bisschen so wie Legosteine. Eine einfache und stabile Verbindung verhindert, dass sich die Autos bei der Rettung bewegen.

Für die beruflichen Lebensretter stellt sich jedes Mal die Frage, ob ein schonenderer Weg gewählt werden kann oder ob es wegen des kritischen Zustands eines Opfers sehr schnell gehen muss. Beim Fahrer des Volvo hat sich das Team der Feuerwehr für eine „Sofortrettung“ durch eine Seitentür entschieden. „Wir können eher reanimieren, falls es nötig würde“, teilt Brandmeister



Die Feuerwehr hat die beiden kollidierten Wagen zunächst mit einem Stabblocksystem stabilisiert. Jede kleinste Bewegung der Autos könnte die beiden noch eingeklemmten Fahrer gefährden.

3 Fahrzeuge sind im Ausgangsszenario an einer Kollision beteiligt. Der Verursacher begeht Fahrerflucht.

Kooperationspartner ist die

Feuerwehr. **30** Feuerwehrschüler aus Aachen werden geschult, wie man schnell und schonend eingeklemmte Personen aus ihren Wagen befreit.

Nach **20** Minuten können die

2 Verletzten zum nächsten Krankenhaus gefahren werden.



>> Ich bin sehr zufrieden mit dem Einsatz.

Christoph Pütz, Einsatztrainer der Feuerwehr Aachen



Die Rettung der Insassen erfolgt schnell und schonend.

Reiner Johnen mit. „Das birgt allerdings die Gefahr, dass durch eine Drehung des Körpers die Wirbelsäule geschädigt wird.“

Beim Fahrer des Opel glauben die Rettungskräfte, etwas mehr Zeit zu haben. Das Dach zu entfernen, ist nicht ganz einfach. Auf diese Weise lässt sich jedoch die eingeklemmte Person behutsam aus dem Wageninneren herausheben. Hydraulische, elektronische und pneumatische Instrumente entfernen Schritt für Schritt die Fahrzeugteile, die noch im Weg sind. Nach gut 20 Minuten ist es vollbracht und die beiden Verletzten befinden sich im Rettungswagen, der das nächste Krankenhaus ansteuert.

Christoph Pütz, Einsatztrainer der Feuerwehr Aachen, „ist sehr zufrieden“. Seine Einsatzkräfte haben darauf geachtet, dass man scharfe Kanten der demolierten Wagen abdeckt

und die unter hohem Druck stehenden Schläuche nicht durch Glascherben zieht. Sie könnten dadurch platzen, sodass einem die Geräte im schlimmsten Fall um die Ohren fliegen. Zum „Glasmanagement“ gehört auch, dass man die Scheiben nach außen drückt und die Scherben gleich wegfegt. Ganz wichtig ist es, die Airbags nicht auszulösen. Gleich zu Anfang hat man deshalb die Batterien in beiden Autos abgeklemmt.

Parallel zur Feuerwehr verrichten die Einsatzkräfte der Polizei ihre Arbeit gründlich und vorschriftsmäßig. Zu den Kräften gehört auch Paula Petzschke. Sie ist gern Mitglied des Qualitätszirkels, weil sie die regelmäßige Fortbildung schätzt. „Ich will wissen, was zu tun ist. Die Übung gibt mir Handlungssicherheit.“ Die brauche sie auch für die Ausbildung von Polizeianwärterinnen und -anwärttern. „Sorgfältige Spurensicherung hilft bei der Analyse des Verkehrsunfalls

und später auch bei der Schadensregulierung“, berichtet die 27 Jahre alte Polizeikommissarin.

Für „Personenbeweise“ war diesmal unter anderem die gleichaltrige Jennifer Krystkiewicz zuständig. „Die Personen, die auf dem Seitenstreifen geparkt hatten und neugierig zuschauten, habe ich befragt.“ Darunter hätten sich auch zwei interessante Zeugen befunden. „Sie haben einen schwarzen Audi beobachtet, der den Unfall verursacht haben soll.“ Der Fahrer sei noch da und habe sich als Gaffer unter die anderen gemischt. „Ich habe daraufhin die verdächtige Person angesprochen und eindringlich gebeten, Angaben zum Unfallhergang zu machen. Sie hat das jedoch verweigert. Das ist in solchen Fällen nicht unüblich“, sagt die Polizeikommissarin.

Dann stößt Jens Buchholz von der Autobahnpolizei Bensberg zu den Kolleginnen. Der Polizeihauptkommissar hat den „Bösewicht“ gespielt. „Natürlich habe ich jede Beteiligung bestritten.“ Doch seien Pflanzen vom Seitenstreifen in seinem linken Radkasten gefunden worden. Ein weiteres Indiz, dass er die

Karambolage ausgelöst hat. Buchholz hat seine Rolle überzeugend ausgefüllt: „Ich habe mich sehr unsympathisch verhalten und die Polizei beschimpft, als sie meinen Wagen fotografiert und untersucht hat.“ Eine Fiction-Szene, die aus der Realität stammen könnte.

Einsatzleiter und Organisator Gerhard Buse zieht am Ende der Übung ein positives Resümee: „Es war schön zu sehen, mit welchem Engagement alle bei der Sache waren.“

In der Nachbereitung lobt Thomas Syperrek, Leiter der Verkehrsinspektion 2, die „tolle Arbeit der Multiplikatoren“. Der Qualitätszirkel Verkehrsunfallaufnahme trage dazu bei,

die Standards bei der Verkehrsunfallaufnahme und -bearbeitung dem technischen Fortschritt entsprechend weiterzuentwickeln. Ziel des Qualitätszirkels sei die Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Verkehrsunfallaufnahme und -bearbeitung bei der Polizei Köln, sagt der Polizeioberrat. Die Multiplikatoren stünden jederzeit als Ansprechpartner in den Dienststellen zur Verfügung und führten mit bereitgestellten Präsentationen des Qualitätszirkels die Weiterbildungsunterriehte auf den Dienststellen durch.

In der Direktion Verkehr bei der Polizei Köln arbeiten die Verkehrsunfallspezialistinnen und -spezialisten von der Verkehrsunfallaufnahme



Die praktische Übung des Qualitätszirkels Verkehrsunfallaufnahme ist beendet. Die Polizistinnen und Polizisten vertiefen in einem zweiten theoretischen Teil am Nachmittag ihre Erkenntnisse.

Dem Praxistest folgt am Nachmittag eine theoretische Vertiefung mit

4 Themen: Unfallfotografie, Monobildverfahren, Spurenkunde und Spurensicherung sowie Vorgangsfertigung und Sachbearbeitung.

Seit **2023** tragen die Multiplikatoren ihr Wissen in die Dienststellen und stehen als Ansprechpartner zur Verfügung.

In Köln und Leverkusen gab es

2023
insgesamt über
52.500
Verkehrsunfälle mit fast
8.000 Verletzten.

über die Sachbearbeitung, die Unfallanalyse und die Sicherheitsberatung bis hin zur Verkehrsplanung und -überwachung eng zusammen. Das Ziel ist klar: Sie alle wollen erreichen, dass deutlich weniger Menschen im Straßenverkehr verunglücken. Noch ereignen sich in der Stadtregion Köln und Leverkusen jährlich mehr als 52.500 Verkehrsunfälle, wenn man die Autobahnen einbezieht. Mehr als 30 Verkehrsunfälle endeten 2023 für eine oder mehrere Personen tödlich.

„Diese Zahlen machen deutlich, dass wir handeln müssen, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen“, hebt Polizeioberrat Syperrek hervor. Die Verkehrsinspektion 2 koordiniert sämtliche Verkehrskommissariate. Den vor drei Jahren ins Leben gerufe-

nen Qualitätszirkel Verkehrsunfallaufnahme hält er für einen wichtigen Schritt nach vorn. Mit einer guten Verkehrsunfallaufnahme könnte ein Verkehrsunfall bis ins Detail rekonstruiert und Verursacherfragen könnten geklärt werden. Informatives Material helfe auch bei der Entschärfung gefährlicher Straßenabschnitte.

Nach dem Durchlauf der eigentlichen Übung wird noch bis zum Nachmittag thematisch an den vier Themen Unfallfotografie, Monobildverfahren, Spurenkunde und Spurensicherung sowie Vorgangsfertigung und Sachbearbeitung gearbeitet.

Das Monobildverfahren erlaubt eine sehr viel präzisere Wiedergabe der mit Kreide markierten Spuren, als

INTERVIEW

„MULTIPLIKATOREN WAREN BEGEISTERT“



Natürlich gebe es bei einer Verkehrsunfallaufnahme auf der Autobahn auch Zeitdruck, macht Gerhard Buse klar, der die Übung auf der A 544 organisiert hat. „Wir wollen, dass eine Vollsperrung so schnell wie möglich aufgehoben werden kann. Doch darunter darf die Sorgfalt nicht leiden.“ Der Erste Polizeihauptkommissar ist Wachleiter der Autobahnpolizei Broichweiden.



Eine gute Zusammenarbeit mit der Feuerwehr am Unfallort ist wichtig. Dazu dient auch ein ausreichender Sicherheitsabstand, wenn die Rettungsmaßnahmen beginnen.

dies mit Handskizzen möglich wäre. Dazu tragen festgelegte Referenzpunkte – Farbkreuze und aufgestellte Tafeln (sogenannte Pointer) – bei, die mit der Kamera fotografiert werden. Mindestens fünf Strecken (die vier Außenseiten und eine Diagonale) werden von den jeweiligen Referenzvierecken mittels Maßband vermessen. Eine Computersoftware entzerrt die Fotos perspektivisch anhand der vor Ort ausgemessenen Referenzvierecke und liefert schließlich eine exakte fotografische Draufsicht. Auch die in den Autos vorhandenen digitalen Spuren unterstützen die Ermittlungen bei Verkehrsunfällen nachhaltig.

THOMAS ZORN

Worauf kommt es bei der Unfallaufnahme durch die Polizei an?

Bei guter Spurensicherung lässt sich die Bewegungsenergie der Unfallbeteiligten klar ermitteln, auch an welcher Stelle ein Aufprall stattgefunden hat. Es sollten unwiderlegliche Eindrücke aus unterschiedlichen Richtungen mit der Kamera festgehalten werden, am besten mit Fotos und einer Videosequenz.

Die objektiven Beweismittel werden immer aussagekräftiger. Spielen persönliche Beobachtungen, Befragungen und Maßnahmen keine Rolle mehr?

Doch, die sind weiterhin ganz wichtig. Die Einsatzkräfte können bereits mit einer geschickten Befragung von Zeugen ein gutes Bild der Lage ermitteln. Sie sammeln eine Fülle von

Eindrücken und können die Fahrtüchtigkeit der Beteiligten feststellen, soweit es die Umstände zulassen.

Bei Fahrerflucht ist der Verursacher häufig noch verdeckt am Unfallort. Warum?

Das ist ein bisschen so wie bei Brandstiftern. Sie mischen sich nicht selten unter die Menge, die neugierig zuschaut. Täter zieht es bekanntlich zum Tatort zurück.

Bei einem schweren Unfall hat die Rettung von Menschenleben Vorrang. Wie verläuft die Zusammenarbeit mit der Feuerwehr?

Grundsätzlich sehr gut. Es macht für die Polizei Sinn, jemanden zu bestimmen, der den Kontakt zur Feuerwehr aufrechterhält. Ein Sicherheits-

abstand während der Rettungsmaßnahmen muss eingehalten werden. Das dient auch unserem eigenen Schutz.

Wie lange hat die Vorbereitung der Übung gedauert?

Einige Wochen. Das hat großen Spaß gemacht, auch wenn die Organisation parallel zu meiner täglichen Arbeit lief. So etwas machst du nicht alle Tage. Die Idee, das Ganze auf der Autobahn durchzuführen, hat sich ausgezahlt. Das war ein großer Rahmen und sehr realistisch. Die Multiplikatoren waren jedenfalls ziemlich begeistert.

DAS INTERVIEW FÜHRTE
THOMAS ZORN



Foto: Markus Mohr

Die Probleme benennen und anpacken – so will die NRW-Landesregierung das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat erhalten.

NORDRHEIN-WESTFALEN

RISIKO NIEDRIG HALTEN

Ein Gastbeitrag von Innenminister Herbert Reul zum Sicherheitspaket des Landes Nordrhein-Westfalen.

Gerade in unsicheren Zeiten und in Zeiten des Umbruchs ist Sicherheit für die Menschen das zentrale Thema. Nur wer glaubhaft und ernsthaft daran arbeitet, das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger zu befriedigen, wer die Probleme klar benennt und Lösungen anbietet, dem vertrauen die Menschen. Den Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Es ist Ihr Job, für Sicherheit zu sorgen. Doch dazu brauchen Sie die Rückendeckung der Politik. Die Politik muss Ihnen die geeigneten Mittel an die Hand geben. Das betrifft die Ausrüs-

tung, die Personalstärke und die Örtlichkeiten, aber vor allen Dingen geht es um die rechtlichen Voraussetzungen: Die müssen stimmen, andernfalls sind selbst den fleißigsten Polizistinnen und Polizisten die Hände gebunden oder es stellen sich ihnen Hindernisse in den Weg, die sie trotz allen Engagements nicht überwinden können.

Wer mehr Sicherheit will, muss mehr Sicherheit machen! Und das schnell, ohne Denkverbote, ohne ideologisches Rumgedruckse!

Wir alle wissen, dass es absolute Sicherheit nicht geben wird, aber es

muss doch unser Ziel sein, das Risiko für die Bürgerinnen und Bürger so niedrig wie möglich zu halten.

Deshalb hat die NRW-Landesregierung nach den Vorfällen von Solingen schnell gehandelt. Keine drei Wochen hat es gedauert, bis wir im Kabinett ein Sicherheitspaket verabschiedet haben, das zum Ziel hat, im Kampf gegen Terrorismus und Extremismus besser zu werden. Die drei Säulen sind Sicherheit, Migration und Prävention. Das NRW-Sicherheitspaket geht ans Eingemachte. Es bietet eine echte Chance für Verbesserungen, keine Augenwischerei.

Stichwort: digitale Ermittlungen

Spätestens seit Solingen ist vielen klar geworden: Terrorismus ist nicht ohne das Netz zu begreifen und zu bekämpfen. Wir brauchen früh Informationen, denn wir müssen vor die Lage kommen. Polizistinnen und Polizisten brauchen mehr Befugnisse, denn wir dürfen es uns nicht länger leisten, dass unsere Sicherheitsbehörden auf dem digitalen Auge halb blind sind. Die NRW-Polizei wird also mit virtuellen Ermittlern die digitalen Netzwerke vermehrt bestreifen müssen und dort die Augen offen halten, wo sich Terroristen tummeln. Weil ich mir so viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aber nicht backen kann und weil das auch gar nicht klug ist, Sie damit zu beschäftigen, werden wir hier Künstliche Intelligenz nutzen. Dazu gehört zum Beispiel Übersetzungssoftware. Außerdem wollen wir den Weg frei machen für den Einsatz von Gesichtserkennungssoftware.

Stichwort: Informationsaustausch

Wir brauchen eine landesweite, zentrale Abschiebedatei. Wir brauchen aber außerdem eine landesweite Datei, in der wir selbsternannte islamistische Prediger und Influencer erfassen – gewissermaßen eine „NRW-Hassprediger-Datei“. Dieser Punkt ist übrigens in der Sache bereits seit Mitte Oktober umgesetzt – also auch sehr schnell.

Stichwort: IP-Adressen

Wir brauchen endlich eine rechtssichere und praxistaugliche Möglichkeit zur Verkehrsdatenspeicherung. Es muss möglich sein, dass die Polizei im Rahmen ihrer Ermittlungen auf die IP-Adresse zurückgreifen

kann. Genauso wie Autofahrerinnen und Autofahrer nicht anonym unterwegs sein können, sollen auch Surfer im Netz identifizierbar werden. Fakt ist aber: Straftäterinnen und Straftäter verstecken sich zu häufig in der Anonymität des Netzes. Wir wollen, dass die IP-Adresse und der Port zum „Kennzeichen im Netz“ wird – und anlassbezogen von den Ermittlerinnen und Ermittlern angefordert werden kann. Das ist im Übrigen nicht nur etwas, das uns im Kampf gegen Terrorismus hilft, sondern auch bei der Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch und dem Kampf gegen Missbrauchsdarstellungen.

Zwei Initiativen aus diesem Sicherheitspaket haben wir bereits Ende September in den Bundesrat eingebracht: Denn nicht alles können wir hier in NRW selbst regeln, manches muss auf Bundesebene geändert werden. In einem Antrag steckt die Verkehrsdatenspeicherung. Übrigens: Dieser Punkt ist auch dafür verantwortlich, dass ich den Katalog des Bundes nicht gutheißen kann. Denn er geht nicht weit genug: Die Verkehrsdatenspeicherung – eine unter Richtervorbehalt stehende Befugnis, die von allen Fachleuten befürwortet wird – steht da mit keinem Wort drin. Und das, obwohl selbst der Europäische Gerichtshof dafür mittlerweile den Weg frei gemacht hat.

Stichwort: Migration

Wer und wie viele Menschen sollen nach Deutschland kommen? Wer darf hierbleiben? Klar sollte sein: Wer sich nicht benimmt oder Straftaten begeht, der hat in unserem

Land nichts zu suchen. Denn Gastfreundschaft können nur Gäste erwarten! Bei der Migration gibt es eine Grenze des Machbaren. Und bei ausländischen Straftätern gibt es eine Grenze des Erträglichen.

Aber es gibt keine einfachen Lösungen für diese Probleme. Jene vermeintlich einfachen Antworten untergraben unsere Verantwortung in einer globalisierten Welt und – wohl am wichtigsten – unsere Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde und Mitgefühl. Es ist nicht einfach, es ist sogar verdammt schwer, hier zu Lösungen zu kommen. Aber Nichtstun kann ja keine Alternative sein! Der andere Antrag, den die NRW-Landesregierung in den Bundesrat eingebracht hat, soll die Migrationspolitik verbessern. Denn natürlich wollen wir auf der einen Seite die wirklich bedürftigen Menschen schützen und ihnen schneller eine Perspektive bieten, wir wollen aber eben auch die Menschen ohne Bleibeperspektive schneller wieder in ihre Heimat- oder Drittländer zurückführen. Deshalb müssen Asylverfahren insgesamt schneller werden. Dazu gehören auch Rücknahmeabkommen und Abschiebungen von Straftätern nach Syrien und Afghanistan.

Ich möchte betonen, dass die NRW-Landesregierung hier an einem Strang zieht. Wir sind der Überzeugung, dass wir nur auf diesem Weg das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unseren Staat erhalten können: eben indem wir die Probleme benennen und anpacken.

DUISBURG

71 KINDER, DIE ES NICHT GIBT

In Wuppertal konnte dank MISSIMO ein bereits eingetretener Überzahlungs-

schaden im **6**-stelligen Bereich aufgedeckt werden.

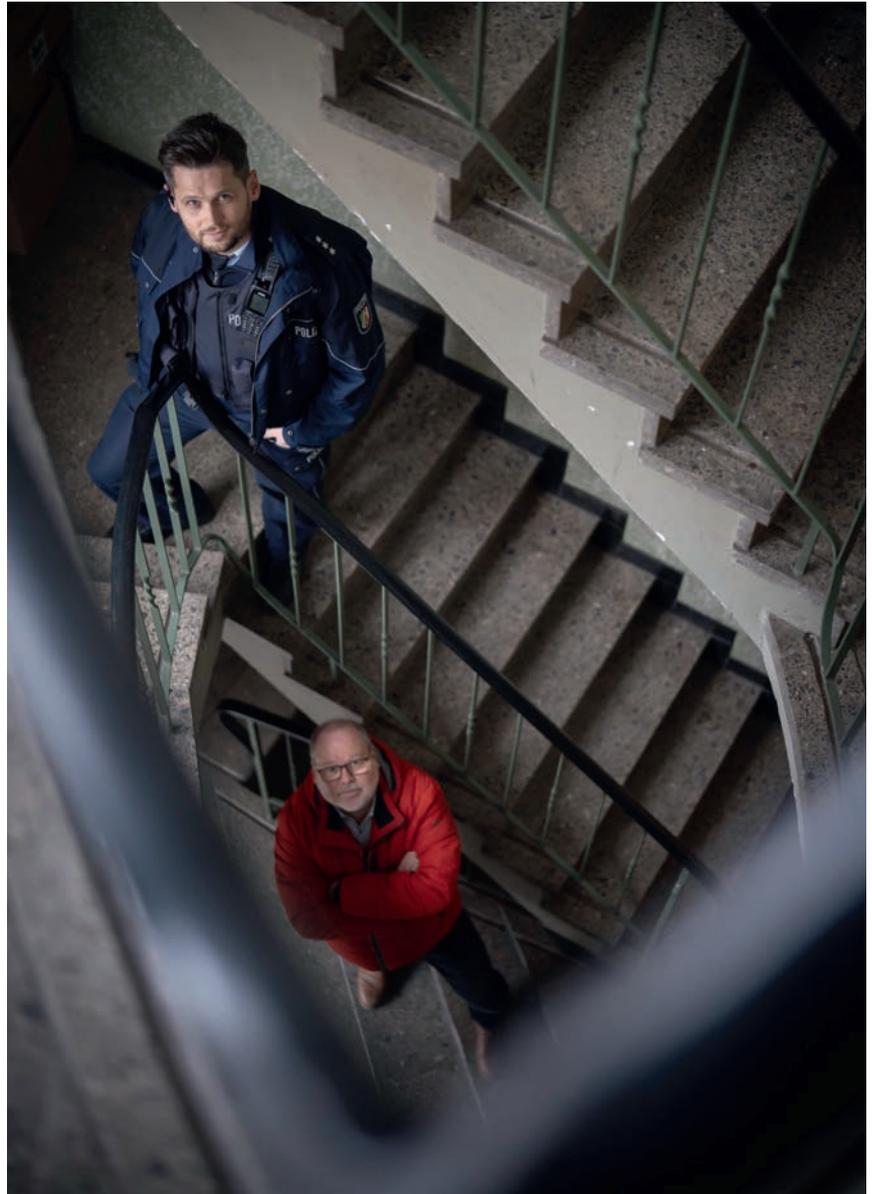
Die Task Force NRW ist Sozialbetrügern auf der Spur. Im „Weißen Riesen“ sind Menschen gemeldet, die dort nicht mehr leben, für die aber weiterhin Leistungen vom Amt bezogen werden. Duisburg, Krefeld, Wuppertal – im ganzen Land wird jetzt nach diesen Abkassierern gefahndet.

Infolge der in Duisburg im Frühjahr

2024 durchgeführten Vor-Ort-Kontrollen wurden

71 Kinder und

49 Erwachsene abgemeldet.



Fotos: Tim Wegner

Oft reichte ein Besuch der Polizeibeamtinnen und -beamten nicht aus, um zu klären, ob an den vorher identifizierten Adressen die gemeldeten Personen auch tatsächlich wohnten. Dann ging es ein zweites oder drittes Mal in die Objekte.



MISSIMO ist ein Baustein im Kampf gegen Sozialleistungsmisbrauch und die dahinterstehenden kriminellen Strukturen.

Wenn die Wörter „Duisburg“ und „Sozialleistungsmisbrauch“ zuletzt in einem Satz genannt oder geschrieben wurden, ging es zumeist um den berühmterberrchtigten „Weißen Riesen“. In dem Problem-Hochhaus im Duisburger Stadtteil Hochheide hatte das Bürger- und Ordnungsamt der Stadt zusammen mit der Polizei Ende Oktober eine Meldekontrolle durchgeführt, um Sozialbetrüger und Menschen mit illegalem Aufenthaltstitel dingfest zu machen. Die Aktion in dem 320-Wohnungen-Komplex aus den 1970er Jahren sorgte bundesweit für viel Aufsehen. Der Paket- und Briefzusteller DHL stellte gar im Sommer monatelang wegen Sicherheitsbedenken seinen Dienst ein. Der „gelbe Riese“ fürchtete um die Unversehrtheit seiner Beschäftigten, wenn diese dort Sendungen zustellten.

Bei der Bekämpfung des Missbrauchs von Sozialleistungen geht die Ruhrgebiets-Metropole allerdings noch ganz andere Wege – Stichwort: MISSIMO. Im Rahmen des von der Task Force zur Bekämpfung von Finanzierungsquellen der Organisierten

Kriminalität und Terrorismus (Task Force NRW) entwickelten Modells MISSIMO wurden im Frühjahr 2024 mehr als 300 vorher identifizierte Adressen (samt knapp 400 gemeldeten Kindern) von der Duisburger Polizei aufgesucht. Der Verdacht: organisierter Kindergeldmissbrauch. „Bei den Vor-Ort-Kontrollen ergaben sich bei 86 der Adressen Zweifel, ob die gemeldeten Personen dort noch wohnhaft sind oder jemals waren“, erläutert Lukas Serafin. Der Polizeihauptkommissar versieht seinen Dienst im Duisburger Norden und war an einem der Kontrolltage als Einsatzabschnittsführer für die Maßnahmen in diesem Teil der Stadt zuständig und selbst auf den Straßen in Marxloh und Umgebung unterwegs.

Zum Hintergrund: Bei MISSIMO (Sozialleistungsmisbrauch im Zusammenhang mit Problemimmobilien) handelt es sich um ein von der Task Force NRW mit Sitz im Düsseldorfer LKA entwickeltes Modell. Die Task Force ist wiederum eine ressortübergreifende Dienststelle der Ministerien Inneres, Justiz und Finanzen. Die Ermittlungseinheit bringt Expertinnen und Experten aus verschiedenen Bereichen, nämlich der Polizei, der

Staatsanwaltschaft und der Steuerfahndung, zusammen. Die Fachleute haben sich neben der Zusammenarbeit in Ermittlungsverfahren zum Ziel gesetzt, „interdisziplinäre Bekämpfungsansätze im Bereich des organisierten Missbrauchs von Sozialleistungen“ zu erarbeiten.

„Unser Fokus liegt ganz klar auf der Verhinderung von ungerechtfertigten Kindergeldzahlungen bzw. der Identifizierung von Indikatoren, die auf einen ungerechtfertigten Bezug von Kindergeld hinweisen“, unterstreicht Sebastian Goebels, Leiter des polizeilichen Teils der Task Force NRW. Die Erfüllung dieser Aufgabe soll zunächst mithilfe eines strukturierten Datenaustauschs auf kommunaler Ebene gelingen. Daran beteiligt sind die entsprechenden Ämter vor Ort, heißt: die für die Leistung des Kindergeldes zuständige Familienkasse, die lokale Kreispolizeibehörde und im Weiteren die zuständige Staatsanwaltschaft sowie das regionale Jobcenter. „Gibt es einen berechtigten Verdacht, wird die zuständige Kreispolizeibehörde im Rahmen der Amtshilfe für die Familienkasse tätig und prüft bei verdächtigen Adressen die An- oder Abwesenheit der Anwohne-

2019 startete MISSIMO in Krefeld und Gelsenkirchen.

2022 kam Wuppertal hinzu. 2024 ging es in Leverkusen, Duisburg, Düren, Solingen, Herne und Castrop-Rauxel los.



Polizeihauptkommissar Lukas Serafin übernahm als Einsatzabschnittsführer die Organisation der Kontrollen im Duisburger Norden im Frühjahr 2024.

rinnen und Anwohner durch Vor-Ort-Kontrollen“, erläutert Lucas Gehling, Geschäftsführer von MISSIMO, das Modell, das auch in Duisburg zum Einsatz kam.

Weil alle Theorie bekanntlich grau ist, muss dieses Vorgehen für die Anwendung auf der Straße in praxistaugliche Prozesse umgesetzt werden. Dazu gehört nicht nur, dass Wege festgelegt werden, wie Informationen von Stelle A zu Stelle B kommen, sondern es müssen auch konkrete Formulare wie Mustertabellen für die Datenanlieferung, standardisierte Beobachtungs- und Feststellungsberichte, Anschreiben an Schulen etc.

zur Verfügung stehen. Klassische Hardware eben, mit der auf der Straße gearbeitet werden kann. Was wie eine weitere Form überbordender deutscher Bürokratie wirkt, ist aber notwendig, um Erfolg zu haben. Wie zu sehen ist.

Denn dank dieser guten Vorarbeit war auch die Duisburger Polizei zusammen mit ihren Netzwerkpartnern, der Familienkasse West und der Stabsstelle Sozialleistungsbetrug der Stadt, bei ihren Kontrollen sehr erfolgreich. „Wir haben die Anschriften innerhalb von zwei Wochen beinahe komplett abgearbeitet. Oft waren dabei zwei oder drei Besuche in den zu



Jörg Lange, Leiter der Stabsstelle Sozialleistungsbetrug bei der Stadt Duisburg, war als einer der Netzwerkpartner der dortigen Polizei eng in die lokale MISSIMO-Umsetzung eingebunden.

überprüfenden Objekten notwendig, um alle offenen Punkte zu klären“, so Lukas Serafin. Unterm Strich standen letztendlich 71 Kinder und 49 Erwachsene, die nicht mehr dort wohnten und deshalb abgemeldet wurden. „Durch die Ermittlung von Kindergeldbetrügern und die Beendigung des Missbrauchs stellen wir uns schützend vor die arbeitenden Menschen in unserer Stadt und die Menschen, die Hilfen berechtigterweise in Anspruch nehmen“, bilanziert der Duisburger Polizeipräsident Alexander Dierselhuis. Endgültige Daten über die Höhe der eingesparten (weil eingestellten) Kindergeldzahlungen sollen bald vorliegen.

Los ging es mit MISSIMO in Nordrhein-Westfalen im Übrigen bereits 2019 → zunächst in Krefeld und Gelsenkirchen. Nach der Corona-Pause kam drei Jahre

später Wuppertal hinzu. 2024 gingen Leverkusen, Düren, Solingen, Herne, Castrop-Rauxel und eben Duisburg an den Start. 2025 werden Objekte in weiteren Kommunen des ganzen Landes unter die Lupe genommen. Klar ist: Das Modell kann nur auf lokaler Ebene unter Federführung der jeweiligen Städte und Gemeinden durchgeführt werden. Das Interesse im Land ist groß, der Aufwand bei allen Beteiligten zumeist allerdings ebenso. Sebastian Goebels und seine Mitstreiter müssen die erstmaligen Durchläufe intensiv begleiten. „Dabei gilt es, datenschutzrechtliche Bedenken von unterschiedlichen Ämtern auszuräumen oder erst einmal über-

haupt beim Aufbau von Strukturen für die interdisziplinäre Zusammenarbeit innerhalb der Kommunen zu helfen“, sagt Staatsanwältin Alexandra Ruß, die den justiziellen Part in der Task Force NRW wahrnimmt.

Sind diese Strukturen erst mal geschaffen, bieten sie häufig einen Mehrwert über die eigentliche MISSIMO-Arbeit hinaus. Jörg Lange, Leiter



Mithilfe des Modells MISSIMO will Sebastian Goebels, Leiter des polizeilichen Teils der Task Force NRW, ungerechtfertigten Kindergeldzahlungen auf die Spur kommen. Staatsanwältin Alexandra Ruß, die ebenfalls Teil der Task Force NRW ist, weiß, dass bei der Umsetzung von MISSIMO auf lokaler Ebene häufig viel (Überzeugungs-)Arbeit zu leisten ist. Längst erreichen Lucas Gehling, Geschäftsführer von MISSIMO, Anfragen von interessierten Behörden nicht mehr nur aus NRW, sondern aus dem gesamten Bundesgebiet.

der Stabsstelle Sozialleistungsbetrug bei der Stadt Duisburg, unterstreicht: „Wir haben zwischen den städtischen Institutionen viele neue Kommunikationswege geschaffen, die auch heute noch aktiv bespielt werden.“ So melden nach seinen Angaben etwa städtische Schulen ihre Daten direkt an die Familienkasse.

Wer mitmacht, kann auf deutliche Entlastung für die öffentlichen Haushalte hoffen. So konnte beispielsweise in Wuppertal ein bereits eingetretener Überzahlungsschaden im sechsstelligen Bereich aufgedeckt werden. Es ist davon auszugehen, dass ohne MISSIMO voraussichtlich

wohl noch ein weiterer Schaden in siebenstelliger Höhe im Bergischen Land entstanden wäre. In allen Städten wurden zudem Hinweise auf Schulpflichtverletzungen, auf die Vernachlässigung von Kindern und auf bauliche Mängel bei besuchten Objekten gewonnen.

Angesichts dieser Ergebnisse ist es nicht verwunderlich, dass das Modell

MISSIMO längst über die Landesgrenzen von Nordrhein-Westfalen hinaus viel Beachtung findet. Sebastian Goebels: „Wir haben das Projekt in Hessen und Bremen vorgestellt und das LKA Berlin in Sachen Kontrollen mit der Familienkasse beraten. Erste Kontakte gab es auch nach Baden-Württemberg.“

Hinter dem großen Interesse in Nordrhein-Westfalen und dem

Rest des Landes stecken häufig nicht rein „finanzielle“ Motive. „MISSIMO ist insbesondere in Zeiten, in denen die wahrgenommene Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem Staat zunimmt, von großer Bedeutung“, weiß NRW-Innenminister Herbert Reul. „Unser Staat muss nämlich auch wehrhaft denen gegenüber sein, die ihn ausnutzen wollen. Wenn er das ist, nehmen die Menschen in unserem Land dies auch zur Kenntnis – eine Art von vertrauensbildender Maßnahme also.“

Die fünf Kernbereiche der Kriminalinspektionen

- Interventionsteams „Digitale Tatorte“ (IDT)
- Digitale Forensik
- TKÜ-Koordinatoren
- Cybercrime-Ermittlungen
- OSINT-Ermittler

In den vergangenen **12** Monaten ist ein Schaden von **178,6** Milliarden Euro durch Cybercrime bei deutschen Unternehmen entstanden.



Fotos: Tim Wegner

Teil der Kriminalinspektionen sind auch die Interventionsteams „Digitale Tatorte“, die vor Kurzem ihre Arbeit aufgenommen haben.

DÜSSELDORF

AUF DER SUCHE NACH PATIENT 0

Digitale Kriminalität weitet sich aus und stellt eine besondere Herausforderung dar. Die Polizei NRW hat 2024 sechs „Kriminalinspektionen Cybercrime“ eingerichtet.

Neuere Bedrohungsszenarien, immer perfidere Angriffsmethoden und hoch professionelle, global agierende Täter entwickeln sich im digitalen Raum zu einem immer größer werdenden Problem. Insbesondere Angriffe auf Kritische Infrastrukturen, wie beispielsweise Krankenhäuser, erfordern sofortiges Handeln.

In den letzten fünf Jahren hat sich die Gesamtzahl der Cybercrime-Fälle nahezu verdoppelt. In diesem Zeitraum

stiegen die Auslandstaten um mehr als das Dreifache an. Die Angriffe aus dem Ausland sind eine besondere Herausforderung für die Polizei, da sie regelmäßig mit hohen Ermittlungshürden, wie internationalen Rechtshilfeersuchen, einhergehen.

Kriminalität findet heute längst nicht mehr nur auf der Straße oder in physischen Räumen statt – viele Delikte haben sich in den digitalen Raum verlagert: Organisierte Kriminalität, Kindesmissbrauch oder politisch moti-

Die Polizei NRW sucht Kolleginnen und Kollegen, die Teil der Kriminalinspektionen werden wollen. Insbesondere Personen mit IT-Kompetenz, Kompetenz bei digitaler Forensik oder OSINT-Expertise sind gefragt, um gemeinsam an der Aufklärung von Cybercrime-Fällen zu arbeiten.



vierte Straftaten. Dies erfordert bei den Ermittlern nicht nur eine hohe IT-Kompetenz, sondern auch Kompetenz für den Umgang mit gigantischen Datenmengen, die ausgewertet werden müssen.

Dabei gehen die Täter immer professioneller vor. Cybercrime-as-a-Service, also die Möglichkeit, Cyberkriminalität als Dienstleistung zu beziehen, macht es selbst technisch unerfahrenen Kriminellen möglich, Angriffe durchführen zu lassen. Auch politisch motivierte Cyberangriffe, teilweise geduldet oder unterstützt durch fremde Staaten, lassen die Grenzen zwischen politischer Ausrichtung und wirtschaftlicher Bereicherungsabsicht teilweise verschwimmen.

In dieser digitalen Ära stehen Strafverfolgungsbehörden vor einem ständigen Wettlauf: Sie müssen Technologien entwickeln und anwenden, die mit der rasanten Professionalisierung der Täter mithalten können.

„Da zählt jede Minute“, sagt Dirk Sons, Leiter der KI Cybercrime in Düsseldorf. „Im ersten Angriff ist es wichtig, den Patienten 0 zu finden – den ersten mit einem Virus infizierten Rechner also –, um weitere Ausfälle zu verhindern.“ Der Kampf gegen die Täter und die eingesetzte Software beginnt.

Im September 2020 war das Universitätsklinikum Düsseldorf Ziel eines schweren Hackerangriffs. Die IT-Systeme des Klinikums wurden durch Ransomware verschlüsselt, was zu massiven Einschränkungen führte. Die Notaufnahme musste geschlossen werden mit der Folge, dass eine Patientin verstarb. Die Düsseldorfer Ermittler nahmen Kontakt zu den Hackern auf und warnten sie, dass Menschenleben in Gefahr seien.

Der Vorfall hat deutlich gezeigt, welche schwerwiegenden Folgen Cyber-

angriffe auf Kritische Infrastrukturen haben können. Die Polizei habe seinerzeit schnell reagiert und gemeinsam mit externen IT-Spezialisten und Behörden die Lage bewältigt, berichtet Sons. Gleichwohl gebe es auch Verbesserungspotenzial.

Die Polizei in Nordrhein-Westfalen begegnet der zunehmenden digitalisierten Kriminalität seit 2024 mit sechs spezialisierten „Kriminalinspektionen Cybercrime“, die im Juli gebildet wurden. Diese Einheiten sind bei den grös-



In den letzten fünf Jahren hat sich die Gesamtzahl der Cybercrime-Fälle nahezu verdoppelt.

ßeren Polizeipräsidien angesiedelt und sollen eine zentrale Rolle im Kampf gegen Cyberkriminalität spielen. Durch die neuen Inspektionen sind nun Kompetenzen vorhanden, die bisher nur beim Landeskriminalamt oder teilweise noch gar nicht innerhalb der Polizeistruktur abgebildet werden konnten.

Die Kriminalinspektionen vereinen die verschiedenen Fachkompetenzen unter einem Dach und ermöglichen es der Polizei, schneller und eigenständi-

ger auf Cyberangriffe zu reagieren. Sie sind darauf ausgelegt, komplexe Cyberangriffe effizienter zu bewältigen. Spezialisierte Teams, die sofort reagieren und alle notwendigen Aufgaben selbst übernehmen, können schnell und weitgehend unabhängig von externen Akteuren auf Cyberangriffe reagieren.

Teil der Kriminalinspektionen sind auch die Interventionsteams „Digitale Tatorte“, die vor Kurzem ihre Arbeit aufgenommen haben. Die Teams setzen sich aus IT-Spezialistinnen und -Spezialisten zusammen und sichern Tatorte nach Cyberangriffen.

In den neuen „Kriminalinspektionen Cybercrime“ werden neben den Interventionsteams alle weiteren Spezialdienststellen mit ihrer kriminalistischen Cyberkompetenz zusammengeführt. Das dort gebündelte Know-how, die moderne digitale Ausstattung und die spezialisierten Einheiten stellen zusammen einen weiteren wichtigen Schritt im Kampf gegen Cyberkriminelle dar.

Die Teams bestehen aus Expertinnen und Experten, die ihr Wissen in den Bereichen IT-Sicherheit, digitale Forensik und Open Source Intelligence (OSINT) einbringen. Gleichzeitig stel-

len die neuen Strukturen sicher, dass die Polizei Nordrhein-Westfalen jederzeit in der Lage ist, sich an die sich ständig verändernde digitale Landschaft anzupassen. Dirk Sons macht deutlich: „Wir wollen den Wettlauf gegen die Zeit gewinnen, Cybercrime erfolgreich bekämpfen und Täter ermitteln. Jede gewonnene Minute, die verhindert, dass weitere Rechner infiziert werden, ist ein Sieg.“

Das ressortübergreifende Projekt Elektronische Akte in Strafsachen (EAS) wurde am

04.11.2019

eingeführt. Ab

01.01.2026

sollen Strafakten ausschließlich digital geführt werden.

2.500

Tablets stehen den Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen für die Nutzung der App zur Digitalen Vernehmung zur Verfügung.



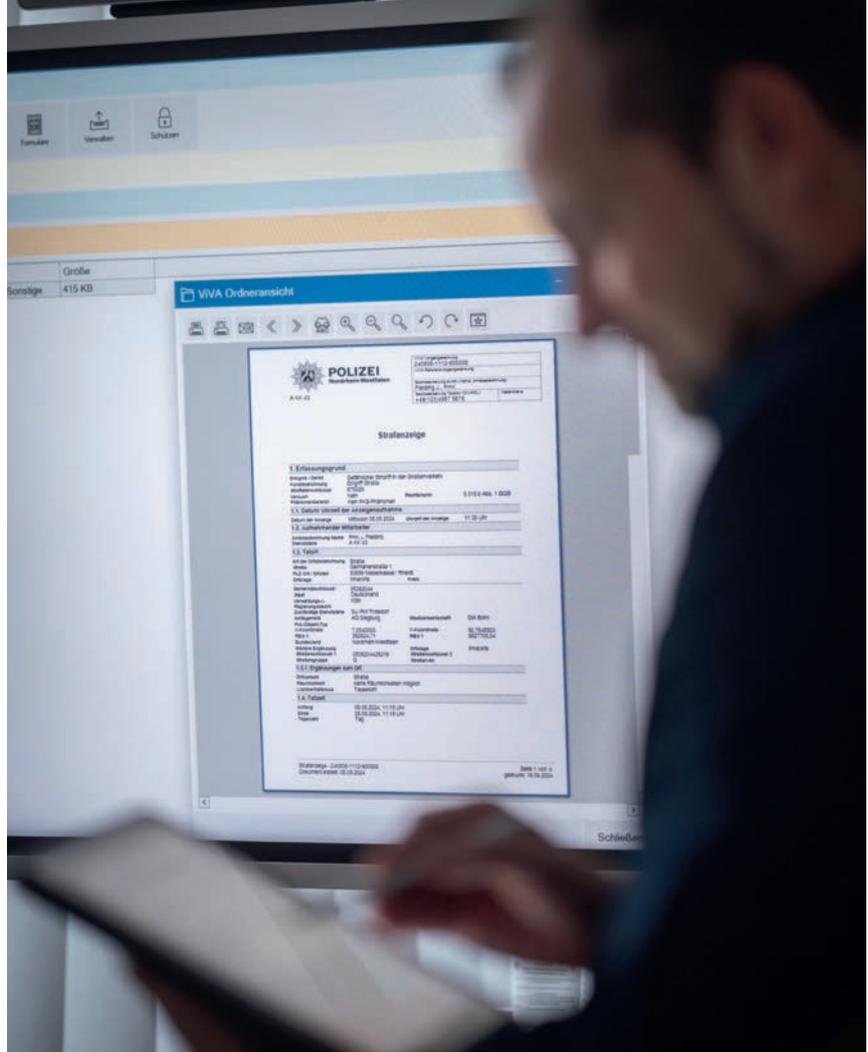
» In NRW haben wir schon über 60.000 Strafverfahren rein elektronisch verschickt.“

Jürgen Marten, Projektleiter Elektronische Akte in Strafsachen bei der Polizei

eAkte-Hotline:
0211 939 3480

Funktionspostfach:
eakte_kontakt.lka@polizei.nrw.de

Funktionspostfach zur App Digitale Vernehmung:
IT-Verf-Digi-Vern.LZPD@polizei.nrw.de



Fotos: Tim Wegner

Nach der Digitalen Vernehmung mit dem Tablet lassen sich die Daten direkt in VIVA übertragen.

DÜSSELDORF/AACHEN

SCHNELLER & EINFACHER

Die Einführung der elektronischen Strafakte und die App zur Digitalen Vernehmung modernisieren die polizeiliche Ermittlungsarbeit.

Die Digitalisierung von Ermittlungsakten wird zum 1. Januar 2026 bundesweit verpflichtend. „Wir haben in Nordrhein-Westfalen schon über 60.000 Vorgänge rein elektronisch verschickt, das ist einmalig in Deutschland!“, sagt Jürgen Marten vom LKA. Er ist der Projektleiter Elektronische Akte in Strafsachen (EAS) auf Polizeiseite. Aktuell läuft der Roll-out in Hamm, Düren, Düsseldorf, Mönchengladbach und Wesel sowie im LKA. Die Polizeipräsidien Aachen, Bonn, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen und Wuppertal befinden sich

schon länger in der Pilotierungsphase. Marten: „Die Pilotierung läuft weiter. Wir sind in enger Abstimmung mit den Behörden und erschließen so neue Deliktsfelder und werden immer anwenderfreundlicher.“

Der 65-jährige Kriminaldirektor sieht in der Digitalisierung viele Vorteile: „Alles geht viel schneller und wir brauchen nicht mehr diese Berge an Papier. Das ist viel nachhaltiger. Die Dokumente und die Handakten sind volltextlich durchsuchbar. Außerdem kann nichts mehr verloren gehen.“ Bei der Einführung der elektroni-

schen Strafakte unterstützen Marten und sein Team die Behörden: „Wir bieten immer ein Onboarding vor Ort an. Zudem haben wir eine Hotline eingerichtet.“ Auf Moodle steht außerdem eine digitale Fortbildung zur Verfügung.

Das Projekt EAS wird im Landeskriminalamt verantwortet und läuft in enger Zusammenarbeit mit dem Justizressort. Es gibt ein gemeinsames Steuerungsgremium. Über das elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach übermittelt die Polizei die Vorgänge auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Weg an die Justiz, auf demselben Weg kommen Nachermittlungen zurück oder Initiativvorgänge werden übermittelt. Bei der Polizei ist die EAS ein Modul im Vorgangsbearbeitungssystem ViVA. „Die Nutzung ist total einfach. Dokumente aus ViVA kann ich direkt ins Modul der elektronischen Strafakte ziehen“, erklärt Jürgen Marten.

„Dem Projekt EAS ist auch die Idee für eine App zur Digitalen Vernehmung entsprungen“, sagt Dennis Sopp. Der 40-jährige Polizeidirektor ist Technical Lead für die EAS im LZPD und war schon zuvor Teil des Projekts. „Bei der Entwicklung der App haben wir uns stark an der elektronischen Strafakte orientiert. So lässt sich das Tool optimal nutzen und alles bleibt digital.“ Ein externer Spezialist hat die App genau nach den Anforderungen der Polizei NRW programmiert. Dafür wurden die Sachbearbeiterinnen und -bearbeiter von Anfang an intensiv einbezogen. Die App lässt sich über das iPad im Büro völlig ortsunabhängig nutzen. Vor allem bei Vernehmungen außerhalb des Büros wie etwa in Krankenhäusern und JVA, bei Sondereinsätzen oder bei Durchsuchungen erleichtert sie die Arbeit der Ermittlerinnen und Ermittler. „Die Digitale Vernehmung ist vollkommen intuitiv. Das Programm führt mich durch die Vernehmung und stellt mir alle wichtigen Fragen. So kann kein Punkt vergessen werden“, betont Sopp.

Im Gegensatz zur Online-Vernehmung, die über Videochat erfolgt und somit Distanzen überwindet, schafft die Digitale Vernehmung Mobilität und vermeidet Medienbrüche. Damit kann sie im Gegensatz zur Online-Vernehmung auch unabhängig von der Schwere der Kriminalität angewendet werden. Ein Knackpunkt dabei ist nämlich die Unterschrift. Die kann die vernommene Person mit dem digitalen Pencil direkt im Dokument leisten, ebenso wie handschrift-



Dennis Sopp, Jürgen Marten und Michael Richter (von links)

liche Anmerkungen und Skizzen zum Protokoll hinzufügen. „So wird der Beweiswert der polizeilichen Vernehmung ohne Medienbrüche über die EAS in die Hauptverhandlung getragen“, ergänzt Marten.

Die App für die Digitale Vernehmung entspricht technisch den aktuellen Standards. Durch Updates sind schnelle Änderungen an dem Programm möglich. Für Dennis Sopp sind deshalb alle Rückmeldungen von Nutzerinnen und Nutzern wertvoll: „Nur wenn die App jetzt bereits viel genutzt wird, können wir sie anpassen und noch weiter verbessern.“

Einer, der die App bereits regelmäßig nutzt, ist Kriminalhauptkommissar Michael Richter vom Polizeipräsidium Aachen. „Wir sind total begeistert“, sagt er. In Aachen wurden nämlich schon 140 Kolleginnen und Kollegen der Direktionen Kriminalität und Verkehr mit Tablets ausgestattet. Für ganz NRW stehen derzeit etwa 2.500 Geräte zur Verfügung. Die App kann man aktuell neben Aachen im LKA und seit Kurzem in Düren nutzen. Der weitere Rollout ist bereits geplant.

Kürzlich führte Richter zum Beispiel eine Digitale Vernehmung im Aachener Jugendamt durch. Einen 94-jährigen Geschädigten vernahm er zu Hause, da dieser nicht mobil war. „Für die Bürgerinnen und Bürger wird es einfacher und für mich selbst natürlich auch. Früher hätte ich die Vernehmung vor Ort handschriftlich gemacht. Im Büro musste ich sie dann aber noch einmal abtippen oder einscannen. Jedes Dokument, das ich früher gedruckt habe, kann ich jetzt

einfach in der elektronischen Strafakte ablegen“, so der 49-Jährige.

Selbst wenn keine Internetverbindung besteht oder das System ausfällt, können alle Daten in der App erfasst werden. Die Übertragung in ViVA funktioniert auch zeitversetzt. Sobald die Vernehmung dort abgelegt ist, kann zum Beispiel der Leiter der Mordkommission sie direkt lesen. Sollte er noch Fragen haben, kann der Ermittler vor Ort noch mal bei der befragten Person nachhaken.

Begeistert ist Michael Richter auch von der Möglichkeit, Personalausweise mit dem iPad einzulesen. Alle Angaben werden dann nämlich automatisch in der App eingetragen. „Es macht Spaß, damit zu arbeiten. Die App ist total übersichtlich und leicht zu bedienen. Auch ältere Kolleginnen und Kollegen müssen davor keine Angst haben.“ Die Einführung der App zur Digitalen Vernehmung soll schnellstmöglich erfolgen.

DÜSSELDORF

AGENTEN IM VERBORGENEN

Nordrhein-Westfalen wird immer mehr zum Operationsgebiet fremder Mächte. Die Polizei stellt sich mit einer neu geschaffenen Einheit den Spionen und Saboteuren entgegen.

Während sich ein **Nachrichtendienst** auf das verdeckte Beschaffen und Analysieren von Informationen beschränkt, haben **Geheimdienste** darüber hinaus erweiterte operative Befugnisse. Als eine geheimdienstliche Operation ist zum Beispiel eine Tötungsoperation im Ausland wie etwa der sogenannte „Tiergartenmord“ in Berlin zu verstehen.

Spionage ist **das Erkunden von politischen Faktoren sowie der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und militärischen Potenziale eines anderen Staates mit verdeckten Mitteln.**



» Es kann helfen, zu hinterfragen, wer oder was hinter so einem Sachverhalt stecken könnte und für wen gewisse Informationen nützlich sein könnten.“

Şevket Akkuş, Leiter des Teildezernats 23.3 im LKA

Die Geschichte der Spionage ist beinahe so alt wie die Geschichte selbst. Militärische, politische oder wirtschaftliche Informationen fremder Mächte galten bereits in der Antike als wertvoll. Späher und Spione waren schon im alten Rom für Julius Cäsar unterwegs, die Ägypter schickten zur Sicherung ihrer Macht die Augen des Pharaos los. Viele Jahrhunderte später fingen Agenten von Queen Elizabeth I. codierte Briefe ihrer schottischen Gegenspielerin Maria Stuart ab. Und in der jungen Bundesrepublik brachte der enttarnte DDR-Spitzel Günter Guillaume Bundeskanzler Willy Brandt zu Fall.

Doch wie agieren eigentlich heute Spione oder Agenten? „Professionelle Agenten

vom Typ James Bond gibt es nach wie vor, doch für uns als Polizei bleiben sie meist unsichtbar“, erklärt Kriminaloberrat Şevket Akkuş. Der

42-Jährige leitet das neu geschaffene Teildezernat 23.3 im Landeskriminalamt Düsseldorf, das sich mit Spionage, Staatsterrorismus und Proliferation befasst. „So ein Agent

kostet in der Ausbildung wie im Einsatz sehr viel Geld und birgt auch Risiken. Wenn er auffliegt, können seine Machenschaften unter Umständen auf den Auftraggeber zurückfallen.“

Aktuell, im Jahr 2024, werden vor allem sogenannte Proxys oder Low Level Agents losgeschickt, da sich ihre Auftraggeber sehr schwierig nachvollziehen lassen. Proxys sind nichts anderes als Stellvertreter. Ausländische Dienste machen sich solche Akteure für ihre Zwecke zunutze und können dabei die direkte Konfrontation vermeiden. Etwas abwertender ist der Begriff des Low Level Agent. Ein für die „Drecksarbeit“ engagierter Handlanger ist nämlich in den Augen feindlich ge-

sinnter fremder Mächte kein großer Verlust, sollte er auffliegen.

Die Begriffe lassen sich nicht klar voneinander trennen und werden oftmals

als Synonyme verwendet. Eine Möglichkeit der Unterscheidung bezieht sich auf den Hintergrund der Agenten. Proxys sind oft bereits in Strukturen Organisierter Kriminalität verankert. Insofern wissen fremde

» Spätestens seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist ein deutlicher Anstieg von Gefährdungssachverhalten im Bereich der Spionage zu verzeichnen.“

Şevket Akkuş, Leiter des Teildezernats 23.3 im LKA



Fotos: Tim Wegner

Geopolitik in NRW: Der Kampf um die neue Weltordnung wird auch hier ausgetragen. Fremde Mächte versuchen, ihre Interessen dabei immer aggressiver durchzusetzen.

Mächte diese bestehenden Strukturen für ihre Ziele zu nutzen. Low Level Agents agieren als Allgemeinkriminelle dagegen eher im Alleingang und werden für kleinere Aktionen eingesetzt. Personen, die keiner festen organisatorischen Struktur angehören, können lange im Verborgenen wirken. Sie werden häufig durch Mittelspersonen, über Social Media oder über Messenger-Dienste zur Ausspähung oder Sabotage angeworben.

„Die drei Männer, die Anfang Juni am Eiffelturm in Paris fünf Särge abgestellt haben, sind definitiv Proxys oder Low Level Agents gewesen“, sagt Şevket Akkuş. Frankreich vermutet hinter der Aktion den russischen Geheimdienst. Die Särge waren mit französischen Flaggen und

einem Banner mit der Aufschrift „Französische Soldaten aus der Ukraine“ versehen gewesen. Die Tatverdächtigen – ein Deutscher, ein Ukrainer und ein Bulgare – wurden festgenommen. Letzterer gab an, dass er für den Transport der Särge 40 Euro bekommen habe.

„Zur Kontaktaufnahme solcher kleinen Agenten oder Proxys wird oftmals eine ganze Kette von Mittelsmännern verwendet“, weiß Akkuş. Das ist im Fall von Russland auch deshalb nötig, weil russische Diplomaten und Diplomaten seit 2022 vermehrt ausgewiesen werden.

» Zur Kontaktaufnahme solcher kleinen Agenten oder Proxys wird oftmals eine ganze Kette von Mittelsmännern verwendet.“

Şevket Akkuş, Leiter des Teildezernats 23.3 im LKA

„Spätestens seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist ein deutlicher Anstieg von Gefährdungssachverhalten im Bereich der Spionage zu verzeichnen. Man kann hier von hybrider Kriegsführung sprechen. Auch mit kleinen Aktionen kann Unruhe in der Gesellschaft geschürt

und das Vertrauen in den Staat geschwächt werden. Ein professionelles Störfeuer sozusagen“, so der Kriminaloberrat.

Auch andere Staaten setzen ihre Dienste gegen Deutschland ein, um Informationen zu erlangen und ihre

Seit April **2024** gibt es im LKA das neue Teildezernat 23.3 – Spionage/Staatsterrorismus/Proliferation. Es gehört zur Abteilung 2 Terrorismusbekämpfung und Staatsschutz.

In allen **16** Kriminalinspektionen Polizeilicher Staatsschutz des Landes fungiert nun mindestens eine Ermittlerin oder ein Ermittler als Ansprechperson für den Bereich Spionage.



Verschlussache GEHEIM: Das nachrichtendienstliche Informationsaufkommen zu Spionage, Sabotage und Staatsterrorismus ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen.

eigenen Interessen zu verfolgen. Einer der Hauptakteure ist der Iran. Für seinen Staatsterrorismus nutzt das iranische Regime unter anderem Proxys aus der Organisierten Kriminalität. So wurde Babak J., der Ende 2022 einen Brandsatz auf die Synagoge in Bochum warf, von Hells-Angels-Mitglied Ramin Y. für die Tat angeworben. Dieser wiederum handelte gemäß schriftlicher Urteilsbegründung von Teheran aus für iranische staatliche Stellen.

„Spionage war bislang ein Thema, das hauptsächlich die Nachrichtendienste beschäftigt hat“, erklärt Akkuş. Die Polizei ist erst an Bord, wenn die Ermittlungen aufgenommen werden oder wenn eine konkrete Gefährdung vorliegt. Wird etwa

bekannt, dass in Nordrhein-Westfalen ein Verräter, Überläufer oder Dissident im Auftrag eines fremden Staates umgebracht werden könnte, werden polizeiliche Maßnahmen ergriffen. „Die weltpolitische Lage hat sich verändert. Das Vorgehen ist deutlich offensiver und robuster geworden. Fremde Geheimdienste schrecken weder vor offener Gewalt noch vor Tötungsoperationen zurück. Für einige Staaten scheint es keine roten Linien mehr zu geben.“

Durch den deutlichen Anstieg an Fällen und den Einsatz von Low Level Agents oder Proxys ist Spionage inzwischen auch außerhalb der Gefahrenabwehr zu einem wichtigen Thema für die Polizei geworden. Die Schwierigkeit ist dabei, Straftaten überhaupt als einen Akt der Spionage oder Sabotage zu erkennen. Das können unerlaubte Drohnenflüge, Foto- oder Videoaufnahmen, Hausfriedensbrüche, Graffiti oder sonstige Sachbeschädigungen sein. Solche Vergehen können auf den ersten Blick schnell als Dummejungenstreich abgetan werden, da ein Bezug zu ausländischen Interessen nicht direkt erkennbar ist. „Bei kleinen Sachbeschädigungen oder unerlaubtem Betreten eines Geländes soll man natürlich nicht per se einen bösen Spion vermuten“, sagt Şevket Akkuş. „Aber es kann helfen, zu hinterfragen, wer oder was hinter so einem Sachverhalt stecken könnte und für wen gewisse Informationen nützlich sein könnten.“

Daher ist eine Aufgabe des Teildezernats 23.3, die Polizei Nordrhein-Westfalen für das Themenfeld der Spionage als Teil der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) zu sensibilisieren. Das geschieht auch mithilfe der neu ernannten Themenverantwortlichen Spionage. In allen 16 Kriminalinspektionen Polizeilicher Staatsschutz des Landes fungiert nun mindestens eine Ermittlerin oder ein Ermittler als dezentrale Ansprechperson für den Bereich Spionage. So ist sichergestellt, dass ein Informationsaustausch zwischen Kreispolizeibehörden, Themenverantwortlichen und Landeskriminalamt (und damit auch dem Verfassungsschutz) stattfindet. Mit diesen speziell geschulten Ermittlerinnen und Ermittlern begegnet man den hohen Zahlen von Spionageverdachtsfällen. Das Teildezernat 23.3



Eine Aufgabe des Teildezernats 23.3 ist es, die Polizei Nordrhein-Westfalen für Spionage zu sensibilisieren.

ist auch für den fachlichen Input für Dienstunterrichte und Fortbildungen zuständig. Im vergangenen November fand die erste Fachtagung Spionage im LKA statt. Um Spionageverdachtsfälle besser zu erkennen, soll ein entsprechendes Konzept entwickelt werden. Das Fachportal zu PMK wird zukünftig mit themenspezifischen Spionagebeiträgen angereichert.

Şevket Akkuş und sein Team sind in Kontakt mit Einrichtungen Kritischer Infrastruktur, wie Unternehmen im Energiesektor oder im Bereich der

Telekommunikation. Sinnvolle Kommunikationslinien zu schaffen sowie verschiedene Akteure miteinander zu vernetzen, zählt ebenfalls zu den Aufgaben des Teildezernats.

» Der Anstieg der Fälle hängt auch damit zusammen, dass es ein verstärktes Hinweisaufkommen unserer Nachrichtendienste gibt.“

Şevket Akkuş, Leiter des Teildezernats 23.3 im LKA

Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) von Bund und Ländern werden regelmäßig relevante Gefährdungssachverhalte erörtert. Das Teildezernat 23.3 nimmt an diesen Sitzungen ebenfalls teil. „Die Anzahl der Sitzungen im GETZ hat sich in den letzten

Die Abstimmung mit anderen Behörden ist immer wieder nötig. Im Gemeinsamen Extremismus- und

drei Jahren stark erhöht. Daran zeigt sich, dass es inzwischen viel mehr Fälle gibt. Der Anstieg hängt aber auch damit zusammen, dass es ein verstärktes Hinweisaufkommen unserer Nachrichtendienste gibt“, so Akkuş.

Dennoch ist das Dunkelfeld immens groß. Die Schaffung des neuen Teildezernats und die neu ernannten Themenverantwortlichen sind ein wichtiger Schritt für die NRW-Polizei, um für die zunehmende Bedrohung durch Spionage, Sabotage und Staatsterrorismus gewappnet zu sein.

DÜSSELDORF

PER ANRUF ABKASSIEREN

Selbst Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei sind schon Opfer von sogenannten Schockanrufen geworden.

Wenn nachts das Telefon klingelt, bedeutet das meistens nichts Gutes. Das war auch der erste Gedanke von Sabine Coenen-Kolberg, als sie gegen halb vier von ihrem Handy aus dem Schlaf gerissen wird. Eine weinende junge Frau berichtet von einem Autounfall, den sie verursacht habe. „Ich war mir sicher, dass es sich dabei um meine Tochter handelte, die zu diesem Zeitpunkt auch noch schwanger war“, erzählt Coenen-Kolberg, die im Vorzimmer des Leiters des LKA Düsseldorf Ingo Wunsch als Assistentin arbeitet. Nach wenigen Minuten übernimmt eine andere Frau das Gespräch, sie stellt sich als Mitarbeiterin der Nachtwache des

Amtsgerichts Düsseldorf vor. Die Horror-Nachricht: Coenen-Kolbergs Tochter sitze dort angeblich wegen Fahrerflucht in Untersuchungshaft.

Die LKA-Mitarbeiterin, seit 22 Jahren bei der Polizei, weiß im Rückblick genau, welche Fragen sie sich spätestens an dieser Stelle hätte stellen müssen: Macht die ganze Sache tatsächlich Sinn? Passt bei der kruden Geschichte überhaupt irgendetwas zusammen? „Ich hatte in dem Moment aber nur ein Ziel: Ich wollte meine Tochter wiederhaben, ich wollte sie da rausholen. Da hat der gesunde Menschenverstand schlicht eine Pause eingelegt, die Sorge um das eigene Kind überlagerte alles.“ Plötzlich ist von 62.000 Euro Kauti- on die Rede, die die Mutter für ihre Tochter aufbringen soll. Sabine Coenen-Kolberg weckt ihren Ehemann, der Polizeibeamter im Ruhestand ist. Er hört sich die Geschichte an, hinterfragt die angebliche Beamtin – und legt nach einiger Zeit auf. „Ich habe ihn angeschrien, wie er das nur tun könne.“ Schließlich klärt ein Anruf bei der (selig schlummernden) Tochter alles auf.

Das Beispiel der langjährigen LKA-Beschäftigten zeigt: So gut wie jede und jeder kann Opfer eines Telefonbetrugs mittels Schockanruf werden. Diese perfide Masche übertrifft in ihrer Boshaftigkeit ohne Frage den bekannten „Enkeltrick“, dem vor allem ältere Menschen zum Opfer fallen. Weil die Betrügerinnen und Betrüger

Im Jahr **2019** betrug der erfasste Schaden, der durch Schockanrufe allein in NRW entstanden ist,

3,38 Millionen Euro.

2023 stieg diese Summe auf mehr als

14,64 Millionen Euro.



Häufig finden Schockanrufe mit unterdrückter Nummer statt. Dieses Vorgehen war auch bei Sabine Coenen-Kolberg der Fall.

Die Anruferin gab Sabine Coenen-Kolberg das Gefühl, sie wolle ihrer Tochter helfen. Auch das führte dazu, dass die LKA-Mitarbeiterin alle Zweifel an der ihr aufgetischten Geschichte beiseite wischte.



Fotos: Tim Wegner

ihre Tricks perfektioniert haben, fallen mittlerweile immer mehr jüngere Menschen darauf herein.

Diese Entwicklung spiegelt sich in den Zahlen wider. So ist die erfasste Schadenssumme durch Schockanrufe zuletzt extrem angestiegen: Lag sie in NRW 2019 „nur“ bei rund 3,4 Millionen Euro, waren es 2023 bereits mehr als 14,6 Millionen Euro. Deutschlandweit dürften laut Experten sogar mehr als 100 Millionen Euro verschwunden sein. „Nicht selten werden den Betroffenen sechsstellige Summen gestohlen“, unterstreicht Deborah Buschendorf vom Sachgebiet 32.1 (Kriminalprävention und Opferschutz) des LKA. Die Dunkelziffer ist sehr hoch, der tatsächliche Schaden dürfte noch viel höher liegen. Viele Fälle werden aus Angst, Scham, Selbstzweifel oder anderen Gründen gar nicht bei der Polizei angezeigt. Schließlich verlieren die Betroffenen häufig mehr als Geld und Schmuck. Buschendorf: „Das Urvertrauen in Menschen ist weg. Psychologische Erkrankungen sind keine Seltenheit, gar Selbsttötungen als Folge einer solch einschneidenden Erfahrung sind schon vorgekommen.“

Häufig wird bei den Anrufen die vermeintliche Gefahr für Leib und Leben von Angehörigen vorgetäuscht. Zum Beispiel geht es um eine Notoperation im Ausland, für die sofort Geld überwiesen werden müsse, weil der Angehörige sonst sterbe. „Das sind diese Schockszenarien, die die Opfer natürlich besonders umtreiben und zu Handlungen veranlassen, die mitunter nicht erklärbar sind“, betont die Kriminalhauptkommissarin.



Kriminalhauptkommissarin Deborah Buschendorf kennt Fälle, bei denen den Opfern von Schockanrufen sechsstellige Summe gestohlen wurden.

Doch wie schützt man sich? Ein Anruf bei der oder dem vermeintlich Betroffenen kann die Sachlage natürlich schnell klären. „Das hilft in den allermeisten Fällen“, weiß Deborah Buschendorf. „Aber es ist häufig schwierig, weil bei vielen Menschen das Adrenalin einschießt, sie sich im Tunnel befinden, sie nicht mehr rechts und links denken können.“ Zudem könne man sich vorab in der Familie auf ein Passwort einigen, das im Fall der Fälle abgefragt bzw. genannt werden muss. Den entscheidenden Anstoß, noch mal kurz bei einem verdächtigen Anruf innezuhalten, kann nach ihren Worten auch ein einfacher Zettel liefern. Ein kleines Schild neben dem Telefon, auf dem schlicht das Wort „Schockanruf“ steht. Eine Parole, die die Sinne schärft.

Sabine Coenen-Kolberg findet alle diese Ideen gut und wichtig. Aber sie sagt auch: „Es kann sich kaum jemand vorstellen, was so ein Anruf in einem auslöst, der es noch nicht selbst erlebt hat. Immer wieder habe ich meine Mutter, Bekannte, Freunde vor derartigen Kriminellen gewarnt. Und dann falle ich beinahe doch selbst darauf rein.“

Aktuell gibt es rund **20** Polizei-
taucherinnen und -taucher in NRW. Sie

verteilen sich auf die **3** Technischen
Einsatzeinheiten (TEE) in Bochum, Wup-
pertal und Köln.

Alle **2** Jahre findet der Grundtauch-
lehrgang der Polizei NRW statt. Er

dauert in der Regel **9** Wochen.



» Das LAFP gibt den zentralen Rahmen der Aus- und Fortbildung vor, die Verantwortlichen vor Ort füllen ihn mit Leben.

Martin Huneck, Hauptkommissar im Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW



Fotos: Tim Wegner

Elena Köster von der TEE Köln war an diesem Tag als Signalfrau und Leinenführerin eingeteilt, die ihre Kolleginnen und Kollegen im Wasser vom Ufer aus dirigiert.

WUPPERTAL

SPURENSUCHE IN GEWÄSSERN

Elena Köster und Kai Sacha sind nach ihrer erfolgreichen Ausbildung in 2024 bei den NRW-Polizeitauern in Köln stationiert. Eine Übung an der Wupper-Talsperre bei Remscheid.

Elena Köster taucht schon seit ihrer Jugend regelmäßig ab. „Ich habe das Tauchen allerdings nicht im glasklaren Meer mit vielen Fischen und bunten Korallen gelernt, sondern in einem See im Sauerland“, erzählt die 25-Jährige. Die Polizeikommissarin,

die in Köln lebt, kennt sich also aus mit dunklen, kalten, wenig einladenden Gewässern. Das ist schon mal keine schlechte Voraussetzung, denn auch in diesem Herbst hat sie einen Großteil ihrer Zeit in solchen nassen Umgebungen verbracht: Elena Köster gehörte zu den sieben Be-

amtinnen und Beamten aus ganz Nordrhein-Westfalen, die 2024 zur Polizeitaucherin bzw. zum Polizeitaucher ausgebildet wurden. Diese suchen in Gewässern nach vermissten Menschen und Beweismitteln. Dazu können kleinere Gegenstände wie Messer und andere Tatwaffen, Diebesgut, Kleidungsstücke und Rucksäcke gehören, aber auch Tresore, Fahrräder oder Autos.

An diesem sonnigen Oktober-Tag steht im Wasser der Wuppertalsperre die Bergung eines entwendeten Fahrzeugs auf dem Ausbildungsplan. Köster übernimmt heute den Part der Signalfrau und Leinenführerin, die am Ufer steht und den Tauch-Azubis im Wasser per Signalleine Zeichen gibt, wo sie nach dem Pkw suchen sollen. Sie ist damit eine Art Vermittlerin zwischen denen im Wasser und dem Team an Land. Dreimal ziehen bedeutet zum Beispiel links, viermal ziehen rechts tauchen und tasten. Auch hier in einem Ortsteil von Remscheid ist die Sicht unter Wasser in bis zu sieben Metern Tiefe nämlich gleich null.

„Alle zwei Jahre führen wir diese Ausbildung durch. Normalerweise im Sommer, aber in diesem Jahr kam uns die Europameisterschaft dazwischen. Daher sind wir etwas später im Jahr unterwegs“, erläutert Martin Huneck. Der 42-Jährige vom Landes-

amt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP NRW) ist im dortigen Teildezernat 12.1 unter anderem für die Fortbildung des Fachbereichs



Sicherheit steht bei Übungen dieser Art an oberster Stelle. Deshalb sind stets Rettungstaucherinnen und -taucher mit im Wasser, die das Geschehen genau beobachten.

„Technische Einsatzeinheiten“ (TEE) zuständig.

Die drei TEE der Bereitschaftspolizei NRW sind bei den Polizeipräsidien Bochum, Wuppertal und Köln angesiedelt. Sie gliedern sich jeweils in eine Informations- und Kommunikationstechnik-Gruppe, eine Technische Gruppe und eine Wasserwerfer-/Sonderwagen-Gruppe. Taucherinnen und Taucher gehören genauso dazu wie beispielsweise Bootsführer, Kräf-

te des Höheninterventionsteams (HIT) oder die Besetzung von Lautsprechertrupps. Für einen Job in den drei TEE kann sich im Prinzip jeder Beschäftigte der Polizei NRW bewer-

ben. Voraussetzung: Sie oder er hat die Einführungsfortbildung der Bereitschaftspolizei absolviert. Wen es unter Wasser zieht, der muss darüber hinaus ein Assessment Center durchlaufen und die mentale und physische Tauglichkeit unter Beweis stellen. Sämtliche Prüfungen sind kein Pappentier. Was nicht überrascht bei dem harten Job. Jüngere Menschen sind hier natürlich aufgrund ihrer Fitness im Vorteil.

Für den Tauchdienst-Bereich ist der TEE-Standort Wuppertal im technischen Einsatzdienst der Bereitschaftspolizei NRW verantwortlich. Die Aus- und Fortbildungen werden daher vorwiegend im Bergischen Land durchgeführt. Grob ge-

sagt widmet sich ein Drittel des Grundlagen-Lehrgangs der (Tauch-)Theorie, zwei Drittel finden in Hallenbädern, Seen etc. statt. Rund 20 Polizeitaucherinnen und -taucher, die ihr Können regelmäßig in Schulungen belegen bzw. auffrischen müssen, zählt das Land NRW aktuell. Hauptkommissar Huneck: „Das LAFP gibt den zentralen Rahmen der Aus- und Fortbildung vor, die Verantwortlichen vor Ort füllen ihn mit Leben.“

1/3

Etwa zu **1/3** der Ausbildungszeit steht theoretisches Wissen auf dem Lehrplan, den Rest der Zeit sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im feuchten Element (Schwimmbad, Seen etc.) unterwegs.

Für die Mitglieder der Technischen Einsatzeinheiten bietet das LAFP NRW gut

40

verschiedene Fortbildungsmöglichkeiten an.



» Mit Foto- und Video-Equipment an den Anzügen können wir beispielsweise Indizien am Lenkradschloss oder an der Handbremse sichern.

Patrick Spieß, Polizeitaucher bei der Kreispolizeibehörde Wuppertal



Wenn ein Auto unter Wasser bewegt wird, können Öl- und oder Benzinreste austreten. Damit sie nicht die „normale“ Tauchtechnik beschädigen und den Taucher in Gefahr bringen, trägt Kai Sacha ein solches Hightech-Gerät.

Diese Aufgabe übernimmt an diesem Tag im Wupper-Wasser Lehrtaucher Patrick Spieß. Der 51-Jährige taucht schon seit mehr als 30 Jahren, seit 2007 ist er als Polizeitaucher bei der Kreispolizeibehörde Wuppertal tätig. „Wir üben hier einen typischen Sachverhalt: Im Rahmen eines Strafverfahrens werden Beweise gesichert und Personen und Gegenstände geborgen“, beschreibt Spieß diesen Teil des insgesamt neunwöchigen Lehrgangs. Anders ausgedrückt: Hier findet eine klassische kriminaltechnische Untersuchung statt – nur eben unter Wasser.

Der Aufwand für eine derartige Außenaktion ist enorm: Nicht nur musste das Fahrzeug drei Tage vorher im Wasser versenkt werden. Neben Taucherinnen und Tauchern sowie Lehrerinnen und Lehrern sind zudem viele andere Kräfte vor Ort, die die Übung begleiten: Angehörige des Polizeiärztlichen Dienstes (PÄD) der Polizei NRW, Köche und Taucher-Rettungssanitäter. Letztere sind speziell geschulte Sanitäter des PÄD. Martin Huneck: „Früher wurden sie als Teil einer Kooperationspartnerschaft bei der Marine oder der Bundespolizei ausgebildet. Aufgrund des

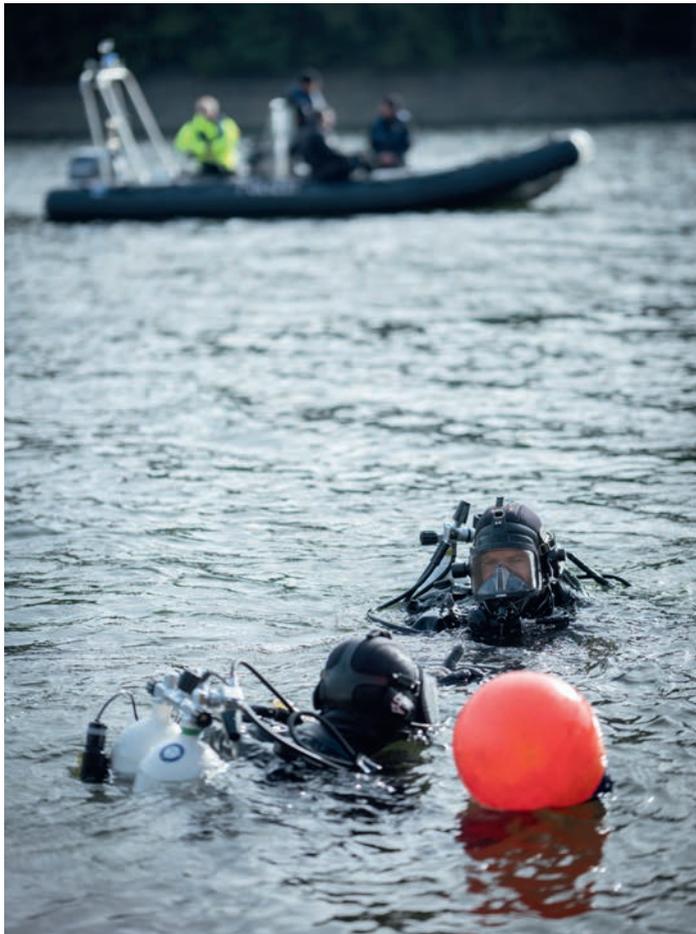
hohen Bedarfs richtet das LAFP NRW aber nun selbst einen entsprechenden Lehrgang aus.“

Das Fahrzeug im Wasser ist mittlerweile geortet und mit einer Boje markiert, ein Seil fixiert es an einem Baum im Uferbereich. Nun werden – wie an Land – Spuren von außen nach innen dokumentiert. Patrick Spieß erklärt: „Mit Foto- und Video-Equipment an den Anzügen können wir beispielsweise Indizien am Lenkradschloss oder an der Handbremse sichern.“ Dabei gilt für die Taucherinnen und Taucher (schon aus Eigennutz) höchste Vorsicht: Jede Berührung des Bodens wirbelt diesen auf – und macht die Arbeit im 13 Grad kalten Wasser noch anstrengender.

Je nach Größe und Gewicht der Fundstücke werden zum Bergen Hilfsmittel wie Spann- gurte, Hebe-Geschirr und Hebe-Luftkissen verwendet. Den Hebe-Part stemmt diesmal Kai Sacha. Der 36-Jährige soll mithilfe von bereits angebrachten Schlaufen ein großes gelbes Kissen am Auto befestigen. Dieses wird dann vom Polizeiboot aus mit Luft aufgepumpt und verschafft so dem Fahrzeug Auftrieb. Ein Boot ist im Übrigen immer dabei, denn häufig können die Taucherinnen und Taucher nicht vom Ufer aus auf die Suche gehen. Die Polizeiboote der TEE können die Spezialisten bei Bedarf

an nahezu jede Stelle im Gewässer transportieren.

Bei seiner Arbeit trägt Polizeioberkommissar Sacha einen ganz beson-



In vielen Gewässern ist die Sicht gleich oder fast null. Ist das gesuchte Beweismittel einmal lokalisiert, wird der Fundort mithilfe einer Boje signalisiert.

deren Helm. Einen Helm, der an die Protagonisten in alten Filmen wie „20.000 Meilen unter dem Meer“ erinnert und bezeugt, dass NRW in Sachen Tauchausrüstung in einer Top-Liga spielt. Die funkelnde Kopfbedeckung wird von außen per dickem Schlauch mit Druckluft versorgt. Auch die Kommunikation funktioniert über eine Leitung, die zuvor gründlich an der Ausrüstung festgeschraubt wurde. „Dieses Sondertauchgerät ist wichtig, weil bei

der Bewegung eines Autos zuweilen Öl- und/oder Benzinreste austreten, die die normale Ausrüstung eines Tauchers gefährlich beschädigen können“, betont Kai Sacha, der wie

Kollegin Elena Köster schon seit Jahren privat unter Wasser unterwegs ist.

Anschließend soll das Fahrzeug mit viel Muskelkraft aller Beteiligten (und der Seilwinde eines Polizeiwagens) eingebracht werden. Leider liegt das Auto zunächst jedoch auf dem Dach, was ein Rad, das aus dem Wasser schaut, frech demonstriert. Doch klassisches „learning by doing“ unter Patrick Spieß Anleitung löst auch dieses Problem. Die aufwendige Übung an der Wupper-Talsperre, die in der Endphase der Tauchausbildung stattfindet, ist nach rund drei Stunden erfolgreich beendet.

„Hobby-Taucher sollten sich nichts vormachen:

Es ist ein großer Unterschied, ob man sich unter Wasser Fische anguckt – oder eben auf die Suche nach Beweismitteln geht“, bilanziert Elena Köster. Kai Sacha stimmt zu: „Es ist eine harte Aufgabe, wir wollen etwas bewegen, einen Beitrag zur Aufklärung einer Straftat leisten. Aber es macht auch ungemein Spaß.“

BONN

KOOPERATION ÜBER GRENZEN

Munca bună de presă a poliției rezolvă orice criză. (Gute polizeiliche Pressearbeit löst jede Krise.)

Internationale Zusammenarbeit ist für die Polizei von entscheidender Bedeutung, um grenzüberschreitende Kriminalität effektiv zu bekämpfen und den Austausch von Informationen und Best Practices zu fördern. Ob bei der Fahndung nach mobilen Täterbanden, der Vollstreckung von Haftbefehlen oder sogar der Unterstützung vor Ort – die Polizei muss international vernetzt sein. Seit 2022 besteht zu diesem Zweck ein Polizeiabkommen zwischen Nordrhein-Westfalen und Rumänien, dessen Ziel es ist, den Austausch und die Zusammenarbeit beider Polizeien zu intensivieren.

Vom 29. September bis 2. Oktober besuchten fünf Pressesprecherinnen und Pressesprecher der Polizei Rumänien die nordrhein-westfälische Polizei, um Einblicke in die Pressearbeit und die Strukturen der Polizei in Nordrhein-Westfalen zu gewinnen. Ermöglicht hatte diesen Austausch der Verbindungsbeamte der Polizei Rumänien in Deutschland am Standort des Generalkonsulats Bonn, Polizeidirektor Ioan-Alexandru Dan. Er ist seit 2020

der Dreh- und Angelpunkt für die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen Rumänien und den Polizeien der Länder Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland.

„Wir teilen viele Herausforderungen in der Polizeiarbeit und können ganz sicher auch viel voneinander ler-

stellen, darunter neben der Polizei Bonn auch aus dem LKA, dem LZPD, dem LAFP und dem Innenministerium, erfuhren viele interessante Dinge über die Arbeit der rumänischen Kollegen. Abgerundet wurde das Programm durch Termine in den Redaktionen örtlicher Medien. Die Gruppe besuchte den Newsroom

des General-Anzeigers Bonn und das Studio der WDR-Lokalzeit in Bonn. Dabei stand die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Polizei und Medien im Fokus der Gespräche.

„Ich freue mich sehr über die positiven Rückmeldungen meiner Kolleginnen und Kollegen, die in Bonn wa-



Die rumänischen Polizistinnen und Polizisten besuchten gemeinsam mit ihren NRW-Kolleginnen und -Kollegen unter anderem das Studio der WDR-Lokalzeit in Bonn.

Foto: Polizei Bonn

ren“, betont Bonns Polizeipräsident Frank Hoever. Während des Besuchs der Delegation wurden in Fachvorträgen verschiedene Themen erörtert, darunter die Herausforderungen der Öffentlichkeitsarbeit, der Umgang mit Medienanfragen und die Bedeutung einer transparenten Kommunikation in Krisensituationen.

Die Vertreterinnen und Vertreter der nordrhein-westfälischen Polizeipres-

den. Die Möglichkeit, hinter die Kulissen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizei NRW zu schauen und Erfahrungen auszutauschen, war für uns sehr wertvoll und hat neue Perspektiven eröffnet“, resümierte Ioan-Alexandru Dan den Austausch nach dem Besuch in NRW.

SIMON ROTT,
CHRISTOPH WICKHORST

DÜSSELDORF

SCHREIBEN, LESEN, LERNEN!

Nach fünf Jahren Ministerblog traf sich Minister Herbert Reul mit zehn Leserinnen und Lesern, die ihm aufgefallen waren. Der Blog hat es inzwischen auf mehr als 1.000 Kommentare und fast 15.000 Likes gebracht.

Zum Abschluss des Jahres möchte ich Ihnen gern einen weiteren Kommunikationskanal vorstellen und mit Ihnen gemeinsam ausprobieren: den Ministerblog.“ So startete Herbert Reul im Dezember 2019 – kurz vor Weihnachten – seinen Blog im Intrapol der Polizei NRW. Der Innenminister wollte neue Wege beim Austausch mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Polizei gehen und lud ausdrücklich zum Liken oder Kommentieren ein. „Der Blog soll von uns gemeinsam mit Leben gefüllt werden“, schrieb er.

784 Likes und 188 Kommentare heimste der erste Beitrag

ein. Ob es die Aus- und Fortbildung, die Ausstattung oder VIVA ist – viele Themen brennen unter den Nägeln. In den zurückliegenden fünf Jahren sind knapp 80 Beiträge erschienen, auf die es aus der Polizeigemeinschaft mehr als 1.000 Kommentare und fast 15.000 Likes gab. Genauso hatte es sich der Minister vorgestellt: Er bekam direktes Feedback über Sorgen und Nöte und einen guten Überblick darüber, was gut

läuft. Einige machten Verbesserungsvorschläge für unterschiedliche Bereiche. „Danke für Ihre Meinung und für die vielen Tipps und engagierten Vorschläge. Wir nehmen uns das zu Herzen. Und was fachlich positiv bewertet wird und finanziell geht, wird umgesetzt“, sagt Herbert Reul heute. „Wir wer-

men aus großen und kleinen Behörden und repräsentierten die ganze Vielfalt der nordrhein-westfälischen Polizei.

„Manche von Ihnen haben sehr oft geschrieben. Andere vielleicht seltener, aber dafür sehr ausführlich. Sie haben Probleme erkannt und be-

nannt. Einige von denjenigen, die mir besonders aufgefallen sind, wollte ich jedenfalls gerne mal persönlich kennenlernen“, erklärte Reul bei dem Treffen im November. In dem offenen Austausch ging es – wie im Blog – um den Arbeitsalltag, um Ausländerkriminalität, Dienstreisen, Prävention, Aus-



Treffen im Ministerium: RBe Birkhahn, EPHK Bongartz, POKin Pickartz, KHK Gerke, PHK Czaika, POK Celik, KHK Jessen, Minister Reul, KHK Hajek, KHKin Lukat und KHKin Horn (von links)

Foto: IM NRW

den nie perfekt sein. Aber wir haben schon ganz viel geschafft.“

Anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Ministerblogs lud Reul zehn der eifrigsten Verfasserinnen und Verfasser von Kommentaren ins Ministerium ein, um sich über die Themen zu unterhalten, die sie beschäftigen. Seine Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner waren Berufsanfänger und Routiniers, ka-

le Vorgänge, zu wenig Personal. Der Minister antwortete, stellte Nachfragen, machte sich Notizen – und hörte vor allem zu. „Ich lerne am meisten, wenn ich mit Menschen rede, und nicht, wenn ich Akten lese“, sagte er zum Schluss.

CHRISTINA HÖSSEL

MÜNSTER

MEHR ALS EIGENSICHERUNG

#sicherimDienst – vom Polizeiprojekt zur Erfolgskampagne für den öffentlichen Dienst. In Münster ist ein landesweites Netzwerk für mehr Sicherheit entstanden.



Taschenkarten #sicherimDienst – Schütze dich und dein Team gegen Gewalt!



Viele wichtige Inhalte des Netzwerks finden sich auf der Website von #sicherimDienst:



Gewalt gegen Einsatzkräfte ist kein neues Thema für die Polizei. Das staatliche Gewaltmonopol ist berufsimmant damit konfrontiert. Heute findet Gewalt im öffentlichen Dienst überall statt: in Stadtverwaltungen, Kliniken und Schulen oder im Rettungsdienst. Was dagegen tun? Der Auftrag an die Polizei NRW kam aus der Politik: einen Leitfaden für Gewaltschutz erstellen. Die Polizei entwickelte die Idee weiter – zu einer Erfolgskampagne mit erstaunlichem Ausmaß.

Anne Herr ist 36 Jahre jung, studierte Psychologin und im Nebenamt mit viel Leidenschaft Notfallsanitäterin. Sie kommt aus der Gewaltforschung und leitet bei der Polizei Münster die Stabsstelle der Landesinitiative #sicherimDienst. Polizei-

hauptkommissar Ralf Hövelmann (60) ist ein waschechter Polizist. Von der Pike auf gelernt und mit Erfahrungen in der Bereitschaftspolizei weiß er, was Gewalterfahrung bedeutet. Heute macht er professionelle Öffentlichkeitsarbeit für #sicherimDienst. Mit Polizeioberrat Andre Niewöhner hält jemand den Draht zum Land. Zusammen mit zwei weiteren Mitarbeitern sind sie die Schaltzentrale von #sicherimDienst und damit verantwortlich für ein Netzwerk aus 850 Behörden und Institutionen mit über 2.300 Multiplikatoren.

Wie ist ein solches Netzwerk in wenigen Jahren entstanden? „Die Gewaltforschung ist seit Langem ein Thema, das mich nicht nur aus wissenschaftlicher Sicht intensiv beschäftigt“, erzählt Anne Herr von ihrem Weg zu #sicherimDienst. „In



Stabsstellenleiterin Anne Herr

Foto: Marie Verspohl



Polizeihauptkommissar Ralf Hövelmann

Foto: Marie Verspohl

meinem Nebenamt als Notfallsanitäterin schaue ich durch eine zweite Brille. Die Einblicke sind schockierend. Gewalterfahrung gehört heute zum Alltag.“ Aus einem wissenschaftlichen Projekt heraus schrieb sie 2021 direkt an Innenminister Herbert Reul, um ihn zum Mitmachen zu animieren. Und wurde mit einer Idee aus der Landesregierung NRW konfrontiert. „Andre Niewöhner von der Polizei Münster hatte den Auftrag, einen Leitfaden für Beschäftigte im öffentlichen Dienst zu entwickeln. Ich war sofort Feuer und Flamme für die Idee.“ Aus der Idee wurde ein Projekt. Und das gab sich mit diesem Auftrag nicht zufrieden. „Ein Leitfaden war uns zu wenig“, erläutert Andre Niewöhner. „Wir wollten etwas Substantielles. Es gab einige Praxisbeispiele, die wir auch anderen an die Hand geben wollten. So entstand die Idee für das Netzwerk. Und als wir das angestoßen hatten, wuchs es rasant. Immer mehr Behörden, immer mehr Menschen meldeten ihre Bedarfe an, wurden Teil des Netzwerks und begannen, Informationen und Best Practices auszutauschen.“

„Während wir in den ersten Monaten eine Flut von Beitritten über Polizeibehörden, Bezirksregierungen, Städte und Kommunen, Krankenhäuser und Schulen bearbeiten mussten, steht heute die aktive Netzwerkarbeit im Vordergrund“, erläutert Ralf

Hövelmann die Arbeit von #sicherimDienst. Mittlerweile gibt es Präventionsmaßnahmen, Handlungsempfehlungen, Fortbildungen, Nachsorgemöglichkeiten oder auch konkrete Beratungen im problematischen Einzelfall.

Zwischenzeitlich ist das Netzwerk auf unglaublich vielen Bühnen präsent: Gewaltprävention in Kranken-



Berufsspezifisches Interventions- und Sicherheitskonzept (BIUS) des Polizeipräsidiums Recklinghausen

häusern, baulich-technische Maßnahmen in Kommunen, um Gewalt zu verhindern, Schutz von politisch Aktiven vor gewalttätigen Übergriffen oder Hilfestellungen für Justizangestellte, die in ihrem Alltag immer mehr Gewalt erleben. Das sind nur einige Beispiele. „Nie im Leben hätten wir erwartet, dass die Arbeit im Netzwerk von so viel guten Inhalten, von so viel Substanz geprägt sein wird“, beschreibt Hövelmann die Situation. Er macht es an einem praktischen Beispiel fest: „In Vorbereitung auf die Fußball-Europameisterschaft haben wir mit den NRW-Verkehrsbetrieben Lagetrainings für Bus- und Zugfahrer und für Fahrgastbegleiter durchgeführt. Ganz praxisnah in Bus-

sen und Bahnen. Zusätzlich entwickelten die Beteiligten Schulungskonzepte für den eigenen Verkehrsbetrieb. Das war ein großer Erfolg, von dem die Beteiligten sicher auch langfristig profitieren.“

Ganz pragmatisch gibt es von #sicherimDienst auch etwas an die Hand. „Unsere Taschenkarten mit Präventionstipps für unterschiedliche Berufsgruppen finden großen Absatz und machen wirklich Sinn“, bekräftigt Hövelmann. Die Karten gibt es unter anderem speziell für die Sicherheit von Mandatsträgern sowie von Beschäftigten im ÖPNV oder bei Straßen NRW.

Foto: Jochen Tack

„Es ist beeindruckend, wie das Netzwerk auch über die Grenzen von

NRW hinaus weiter wächst. Wir freuen uns darüber. Jede neue Institution ist ein Gewinn und stärkt die Netzwerkarbeit. Für die Sicherheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst“, sagt Andre Niewöhner.

#sicherimDienst behandelt ein gesellschaftlich enorm relevantes Thema und trifft den Nerv der Zeit. Am Ende geht es um das Vertrauen der Menschen in den Staat. So lange die Polarisierung in unserer Gesellschaft weiter voranschreitet, so lange wir das Vertrauen in den Staat nicht wiederherstellen, so lange hat #sicherimDienst enorm viel zu tun.

JAN SCHABACKER

Das Polizeipräsidium Hamm hat **12** Opferbetreuerinnen und -betreuer berufen, die nun für das Überbringen von Todesnachrichten zuständig sind.

Seit dem **1.** Oktober sind die Polizistinnen und Polizisten im Einsatz.

Die Rahmenkonzeption des nordrhein-westfälischen Innenministeriums sieht vor, dass

sich in allen **47** Kreispolizeibehörden speziell geschulte Beamte für diese Aufgabe bereithalten sollen.

An **2** Trainingstagen machten sich die Opferbetreuerinnen und -betreuer in

insgesamt **12** Rollenspielen mit den möglichen Abläufen vertraut, die einen erwarten können, wenn die schockierende Mitteilung ausgesprochen wird.

Jeweils **1** Polizist und **1** Notfallseelsorger bilden ein Team, das auch als Ansprechpartner in den ersten Tagen zur Verfügung stehen soll.



Foto: Hendrik Heine

Polizeihauptkommissarin Bianca Widera hat das Schulungsseminar zusammen mit Kriminalhauptkommissarin Svenja Jösting vorbereitet und geleitet. Die Rückmeldungen waren sehr positiv.



Fotos: Hendrik Meisel

Polizei und Notfallseelsorge gehen in Hamm gemeinsam zu den Angehörigen, um eine Todesnachricht zu überbringen.

HAMM

WENN PLÖTZLICH ALLES ANDERS IST

Im Polizeipräsidium Hamm sind zwölf Beamtinnen und Beamte besonders darauf vorbereitet, Familien die Todesnachricht von Angehörigen bei Verbrechen, Verkehrsunfällen oder Suizid zu überbringen.

Das Überbringen von Todesnachrichten gehört zu den heikelsten Momenten des Polizeiberufs. Besonders wenn ein Kind ums Leben gekommen ist, schnürt es oft auch Hartgesottene die Kehle zu. Das Polizeipräsidium Hamm hat jetzt zwölf Opferbetreuerinnen und -betreuer berufen, die sich neben ihrer Haupttätigkeit im Polizeidienst für diese Aufgabe gemeldet haben. Das dort erarbeitete Konzept hält das nordrhein-westfälische Innenministerium für vorbildlich. Es basiert auf einer zentralen Multiplikatorenschulung, die das LAFP NRW für alle Kreispolizeibehörden anbietet.

Die Freiwilligen des Polizeipräsidiums Hamm wurden zunächst theoretisch geschult. Am zweiten Tag trainieren sie die Praxis. Die Gruppe lernt, wie man sich in einer solchen schwierigen Situation verhält. Dazu dienen Rollenspiele. Sie machen deutlich, was einen erwarten kann.

Ein Szenario ist jeweils vorgegeben. Zum Beispiel ein Wildwechsel in der Abenddämmerung, der einen Sattelschlepper auf einer nassen Ausfallstraße zum Ausweichen zwingt. Der Fahrer des Lkw verliert die Kontrolle und schleudert auf die Gegenfahrbahn in einen Kleinwagen. Deswegen 18-jähriger Fahrer wird beim Aufprall schwer verletzt. Seine

15-jährige Freundin Lena stirbt noch am Unfallort.

Die Leitstelle informiert sofort die Opferbetreuerin und eine Notfallseelsorgerin. Gut eine Stunde später stehen sie vor der Wohnung der Eltern. Eile ist geboten, weil die Medien und die sozialen Netzwerke schon über den Vorfall – auch mit Fotos – berichten. Die Angehörigen sollen nicht von Dritten erfahren, was passiert ist.

Der Mann, der in der Übung den Vater darstellt, öffnet die Tür – und erschrickt. „Haben Sie eine Tochter mit dem Namen Lena?“, fragt die Beamtin, um sicherzugehen, am richtigen Ort zu sein. Als der Vater bejaht, bitten die beiden, eintreten zu dürfen. Bisher entspricht alles der Checkliste, einem Leitfaden für die empfohlene Vorgehensweise.

Die Beamtinnen nehmen auf dem Sofa Platz. Für Sekunden tritt Stille ein. „Ich muss Ihnen mitteilen, dass Ihre Tochter Lena bei einem Verkehrsunfall verstorben ist“, lautet die mit fester Stimme vorgetragene Nachricht der Polizistin. „Das kann nicht sein“, schreit der Vater verzweifelt. „Sie hatte doch noch so viel vor.“ Die Mutter ist wie erstarrt.

Die Eltern brauchen in der Szene eine Weile, bis sie begreifen, was passiert ist. Ihre Fragen beantwortet die Opferbetreuerin, die aufgrund ihrer früheren Tätigkeit im MEK anonym bleiben will, ruhig, klar und informiert. Sie wird nach dem Ende des Rollenspiels von den beiden Seminarleiterinnen – Polizeihauptkommissarin Bianca Widera und Kriminalhauptkommissarin Svenja Jösting – dafür gelobt. Es sei auch gut gewesen, die zunächst abwesend wirkende Mutter mit der Frage „Verstehen Sie mich?“ mit einzubeziehen.

„Wir wollen im PP Hamm sicherstellen, dass jemand in den ersten Tagen rund um die Uhr für die Angehörigen erreichbar ist“, erläutert anschließend Polizeioberärztin Ulrike Horn. Die Leiterin der Direktion Verkehr hat die Rahmenkonzeption des Innenministeriums umgesetzt. „Dass wir jetzt ein Team für die Benachrichtigung besitzen, erfüllt mich mit großer Zufriedenheit.“

die seelsorgliche Betreuung nach der Erstinformation durch die Polizei.“

Kristina Ruhnke von der Leitstelle ist froh, sich hier engagieren zu können. Sie fand es immer „menschlich unbefriedigend, bei Todesfällen nur auf den Opferschutz zu verweisen und dann zum Alltag überzugehen“. Jetzt ist sie dabei, um das Unbegreifliche begreifbar zu machen.



Die Angehörigen reagieren auf die schreckliche Mitteilung sehr unterschiedlich. Manche sind wie erstarrt, andere schreien und sind verzweifelt.

Auch in den anderen Polizeipräsidien und Kreispolizeibehörden des Landes sollen sich speziell geschulte Beamtinnen und Beamte bereithalten, um die Angehörigen aufzusuchen. Das erfordert Einfühlungsvermögen und Professionalität.

Der polizeiliche Opferschutz wird nicht nur nach Unfällen, sondern auch nach einem Suizid oder nach dem Auffinden einer toten Person, die allein in ihrer Wohnung gelebt hat, tätig. Pastor Hendrik Meisel, Leiter der Notfallseelsorge in Hamm, begrüßt die neue Struktur und die festgelegten Abläufe: „Unser Part ist

Oguzhan Özcan, normalerweise als Motorradstreife unterwegs, irritierte die bislang übliche Improvisation bei der so wichtigen Aufgabe. „Ich will die Kolleginnen und Kollegen entlasten“, sagt er. „Vielen graut es, eine Todesnachricht zu überbringen. Ich möchte mit dazu beitragen, dass dies auf angemessene und hilfreiche Weise geschieht.“ Seit dem 1. Oktober sind die zwölf Opferbetreuerinnen und -betreuer des Polizeipräsidiums Hamm nun im Einsatz.

KÖLN

ZEIT HABEN FÜR ANDERE

Motorradpolizist Dirk Rohde hat gegen den Krebs gekämpft. Seitdem macht er sich für krebserkrankte Menschen stark. Für sein herausragendes ehrenamtliches Engagement erhielt er nun den Bundesverdienstorden.

Mechanische Uhren – das ist eine von Dirk Rohdes Leidenschaften. Ebenso wie das Motorradfahren.

Auf den Straßen Kölns ist er als Motorradpolizist täglich unterwegs. „Das bin ich mit Haut und Haaren“, sagt der 60-Jährige, der von allen nur bei seinem Spitznamen „Don“ gerufen wird. Dass er seinen Beruf heute so ausführen kann, ist für Rohde nicht selbstverständlich. 2015 ist er an Kopf-Hals-Mund-Krebs erkrankt. Metastasen in den Lymphknoten. Seine Überlebenschance für die nächsten fünf Jahre schätzen die Ärzte auf ca. 50 Prozent. Rohde kämpft gegen den Krebs. Es folgen mehrere Operationen sowie eine Strahlen- und Chemotherapie. Eines Abends liegt er bei Dämmerung in seinem Krankenhausbett und verhandelt mit Gott. „Dabei bin ich gar nicht gläubig“, erinnert sich Rohde. „Wenn man Todesangst hat, probiert man alles. Also habe ich Gott versprochen, Gutes zu tun, wenn ich überlebe.“

Rohde verliert einen Teil seiner Zunge und muss Sprechen und Essen neu erlernen. Anfangs ist es ihm kaum möglich, den Kopf zu drehen. Er trainiert jeden Tag, will unbedingt wieder als Motorradpolizist arbeiten. „Die Kollegen haben damals die neue Uniform für mich mitbestellt.“ Ein wichtiges Zeichen und zusätzlicher Ansporn für Rohde. 2017 kehrt er in den Dienst auf der Polizeiwache

Innenstadt zurück. Und er hält sein Versprechen.

Wenige Monate nach der Krebsdiagnose erzählt Rohde zum ersten Mal online von seinem Schicksal. „Ich habe mir alles von der Seele geschrieben, das hat sehr geholfen. Denn es gab niemanden, an den ich mich wenden konnte, oder eine Selbsthilfegruppe“, sagt er. Über Facebook melden sich andere Krebspatientinnen und -patienten oder Angehörige bei ihm. Freundschaften entstehen. Einige davon halten nur ein paar Monate. Rohde hat ein offenes Ohr für die Menschen und begleitet sie auf ihrem Weg – manchmal bis in den Tod.

In Köln gründet er eine Selbsthilfegruppe für Kopf-Hals-Mund-Krebs. „Der Austausch untereinander ist unglaublich wichtig. Hier können Betrof-



Dirk Rohde ist vor allem unter dem Spitznamen Don bekannt.

Dirk Rohdes Facebook-Seite Schockdiagnose Krebs.



» Ich habe Gott versprochen, Gutes zu tun, wenn ich überlebe.

Dirk Rohde





Nach einer schweren Krebserkrankung hat sich Dirk Rohde zurück ins Leben – und auf sein Polizeimotorrad – gekämpft.

Fotos: Tim Wegner

fene über ihre Sorgen und Ängste auf Augenhöhe sprechen“, so Rohde. Er lernt immer mehr Betroffene und ehrenamtliche Helfer kennen. Mit seinem Netzwerk wachsen auch die Kontaktanfragen. Mittlerweile engagiert er sich täglich in der Krebshilfe. „Meist mache ich direkte Betreuung im näheren Umkreis, aber das geht natürlich auch telefonisch oder über Social Media“, sagt er.

Besuche im Krankenhaus oder im Hospiz sind für Dirk Rohde an der Tagesordnung. „Dass ich mal so einen Weg einschlage, hätte ich nie gedacht. Das ist zum zweiten Job neben der Polizei geworden.“ Ärzte und Psychoonkologen kontaktieren ihn, wenn Menschen Beistand brauchen oder etwa ihre Behandlung abbrechen wollen. Dann versucht Rohde, ihnen die Hoffnung zurückzugeben. „Ich weiß genau, wie die Patienten sich fühlen. Ich kenne die Ängste, die Schmerzen, die Suizidgedanken. Aber ich habe es überstanden und kann heute wieder essen und arbeiten gehen und habe ein gutes Leben. Die können das auch schaffen, wenn sie sich nicht aufgeben.“

Der Kontakt mit Patientinnen und Patienten, die körperlich wie psychisch stark belastet sind, ist eine Herausforderung. Besuche auf der Kinderkrebstation gehen Rohde besonders nahe. „Bevor ich das erste Mal ein krebserkranktes Kind besucht habe, habe ich mir schon viele Gedanken gemacht. Das ist noch mal etwas ganz anderes. Das Mädchen war zwölf und ist ein halbes Jahr später gestorben“, erinnert er sich. „Nachdem ich mal einen Jungen im Krankenhaus besucht habe, der sein Bein aufgrund von Knochenkrebs verloren hatte, saß ich eine halbe Stunde lang auf dem Parkplatz in meinem Auto und habe geweint.“

Manche Bilder kann Rohde nicht vergessen. Die vielen Todesnachrichten und das Leid der Menschen sind für ihn manchmal sehr belastend. Aufhören kommt für ihn jedoch nicht in Frage. Der Fokus auf das Positive hilft ihm: „Ich kann nichts daran ändern, dass der Junge sein Bein verloren hat. Aber ich kann versuchen, ihm eine Freude zu machen, ihn aufzumuntern oder ihn zum Lachen zu bringen.“ Um die kleinen Patienten etwas unterhalten zu können, hat Rohde zum Bei-

spiel einige Zaubertricks einstudiert. Die sind aber auch für viele Erwachsene eine willkommene Ablenkung.

Für sein herausragendes ehrenamtliches Engagement bekam Dirk Rohde im November den Bundesverdienstorden verliehen. Für ihn ist es jedoch der größte Dank, wenn die Menschen wieder Hoffnung haben oder er Kindern ein Lächeln ins Gesicht zaubern kann. Dafür nutzt Rohde die Polizeiuniform oder das Motorrad manchmal auch außerhalb der Dienstzeit. Vor Kurzem hat er erst einen acht Jahre alten Jungen zusammen mit einem Kollegen überrascht. Mit Streifenwagen und Motorrad holten sie den Jungen, der unter einem Hirntumor leidet, und seine Eltern zu Hause ab und gingen mit ihnen Burger essen. Dabei überreichten sie eine Spende der Innenstadtwache in Höhe von 800 Euro. „Jemandem Freude zu schenken, ist das Größte“, sagt Dirk Rohde. Neben der Arbeit als Motorradpolizist und der Krebshilfe bleibt ihm nicht viel Freizeit. Beim Blick auf eine seiner mechanischen Uhren weiß er, dass er seine Zeit auf Erden sinnvoll nutzt.

CHRISTINA HÖSSEL



Polizeioberkommissar Kai Sacha (36) kommt gerade in seinem Hightech-Taucheranzug aus der Wupper-Talsperre bei Remscheid. Nach einem neunwöchigen Lehrgang beim LAFP NRW, der alle zwei Jahre stattfindet, ist er nun Polizeitaucher. Darüber hinaus müssen die Taucherinnen und Taucher der Polizei NRW ihr Können regelmäßig in Fortbildungen beweisen und auffrischen.

Foto: Tim Wegner

Streife wird herausgegeben vom
Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
<http://streife.polizei.nrw> /// ISSN: 0585-4202



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen